



Hans **Böckler**
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Forschungsbericht

Rainer Gries, Tom Kehrbaum, Clemens Körte, Martin Roggenkamp

Was denken Arbeitnehmer/innen über Europa?

Studie: „Wandel von Einstellungsmustern von Arbeitnehmer/innen zu Europa“ – Qualitative Untersuchung anhand des Bildungsverhaltens in der außerschulischen politischen Bildung

Forschungsbericht

Rainer Gries, Tom Kehrbaum, Clemens Körte, Martin Roggenkamp

Was denken Arbeitnehmer/innen über Europa?

Studie: „Wandel von Einstellungsmustern von Arbeitnehmer/innen zu Europa“ – Qualitative Untersuchung anhand des Bildungsverhaltens in der außerschulischen politischen Bildung

IMPRESSUM

Herausgeber

bfw – Unternehmen für Bildung
Geschäftsstelle GS RESO/ProG
Im Breitspiel 5
69126 Heidelberg
Tel.: +49 6221 50 257 41
Email: resoprog@bfw.de

Autoren

Rainer Gries, Tom Kehrbaum, Clemens Körte, Martin Roggenkamp

Heidelberg, April/ Mai 2015

Vorwort

Die vorliegende Studie geht auf eine Initiative der IG Metall zurück und wurde durch das bfw – Unternehmen für Bildung durchgeführt. Das Projekt wurde von Tom Kehrbaum (IG Metall) und Dr. Clemens Körte (bfw) koordiniert. Die wissenschaftliche Erhebung und Auswertung erfolgte durch Rainer Gries und Martin Roggenkamp. Entstanden ist der Forschungsbericht im Rahmen der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. Darüber hinaus wurde die Studie finanziell unterstützt durch die IG Metall, die IG BCE, die Otto-Brenner-Stiftung, die Politische Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung und das DGB-Bildungswerk. Die Studie wurde zudem dadurch unterstützt, dass im Rahmen von Europa-Seminaren erste Studienergebnisse mit Lernenden der Erwachsenenbildung diskutiert werden konnten, was die IG Metall und das DGB-Bildungswerk ermöglichten. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse innerhalb von Veranstaltungen für Referent/innen der Erwachsenenbildung präsentiert und gemeinsam mit den Referent/innen neue Bildungsansätze erarbeitet. Die IG BCE sowie die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg haben in gastfreundlicher Weise Räumlichkeiten für Workshops zur Verfügung gestellt. Wir möchten uns für diese Unterstützung bedanken, ohne die diese Studie nicht hätte durchgeführt werden können. Unser besonderer Dank gilt den Seminarleiter/innen der Friedrich-Ebert-Stiftung, der IG Metall, des DGB und der IG BCE, die sich die Zeit für ausführliche Expert/innen-Interviews genommen haben und sich und ihr Wissen und ihre Erfahrungen engagiert in die Diskussion der Ergebnisse und die Entwicklung neuer europabezogener Bildungsansätze eingebracht haben. Bedanken möchten wir uns schließlich auch beim Brüsseler Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, das es uns ermöglicht hat, die Studienergebnisse einem breiten europapolitisch engagierten Publikum vorzustellen.

Inhalt

1. Hintergrund und Fragestellung der Studie	7
1.1 Entwicklung der Einstellungen zu Europa	8
1.2 Europäische Deutungsmuster	9
1.3 Europäische Deutungsmuster und politische Bildung	10
1.4 Forschungsbedarf und Fragestellungen	13
2. Methode und Vorgehensweise	16
3. Ergebnisse der Untersuchung	18
3.1 Europäische Deutungsmuster	18
3.1.1 Wandel der Einstellungen	18
3.1.2 Bildungsinteressen und Erwartungen der Lernenden	20
3.1.3 Alltagsbezüge der Europäischen Union	21
3.1.4 Wahrnehmung des Stellenwertes der Europäischen Union im Mehr- ebenen-system der Politik	22
3.1.5 Wahrnehmung der eigenen Einflussmöglichkeiten in der Europäischen Union	23
3.1.6 Europäische Identität	24
3.1.7 Sinnstiftende Elemente der europäischen Integration	25
3.1.8 Europäische Integrationsperspektiven	27
3.1.9 Kernelemente europäischer Deutungsmuster	28
3.2 Herausforderungen und Ansätze europapolitischer Bildungsarbeit	33
3.2.1 Vorkenntnisse der Lernenden	33
3.2.2 Zugang zu Informationen	34
3.2.3 Herausforderungen für die europapolitische Bildungsarbeit	35
3.2.4 Ansätze europapolitischer Bildungsarbeit	39
3.3 Auswertung der Seminarprogramme	43
4. Fazit und Ausblick	48
Literatur	50

1. Hintergrund und Fragestellung der Studie

Die globale und europäische Wirtschafts- und Finanzkrise hat weitreichende Folgen für Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt in Europa und die Einstellungen der europäischen Bürger/innen zur europäischen Integration in hohem Maße geändert (Generaldirektion Kommunikation 2012). Sie hat zugleich zweierlei verdeutlicht: Zum einen fehlt es in Europa an einem kritischen sozialen Bewusstsein und Selbstverständnis, das ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung der verschiedenen Länder begründet und zu gegenseitiger Solidarität verpflichtet (u. a. Habermas 2011; Lichtenstein 2012; Negt 2012). Zum anderen sind die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen im Zuge der Bewältigung der Krise nicht nur einem kritischen und öffentlichen demokratischen Diskurs weitgehend entzogen, sondern führen darüber hinaus dazu, dass die demokratische Souveränität in Europa und den einzelnen europäischen Ländern zunehmend ausgehöhlt wird (u. a. Streeck 2013).

Der Krisenprozess in Europa stellt daher nicht nur eine besondere Notwendigkeit, sondern auch eine historische Gelegenheit für eine aktive Auseinandersetzung der europäischen Bürger/innen mit der europäischen Integration dar (Habermas 2011; Kehrbaum 2012). Insbesondere die Demokratisierung europäischer Entscheidungsprozesse setzt einen kritischen Diskurs der Bürger/innen mit europäischer Politik voraus, auf dem eine politische Willensbildung aufbauen kann (Mak 2012).

Arbeitnehmerorientierter politischer Bildung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie ist traditionell darauf ausgerichtet, politische Ideen und Entscheidungsprozesse mit den Alltagserfahrungen von Arbeitnehmer/innen in Arbeits- und Lebenswelt zu verknüpfen und auf diese Weise ein kritisches gesellschaftliches Bewusstsein und demokratisches Lernen zu fördern (IG Metall Vorstand/ FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Hg.) 2012).

Die Studie zielte vor diesem Hintergrund darauf ab, die aktive Auseinandersetzung von Arbeitnehmer/innen mit der Europäischen Union und europäischen Entscheidungsprozessen zu fördern, indem sie die Einstellungen von Lernenden in der außerschulischen politischen Bildung sowie die Art und Weise identifiziert, wie Arbeitnehmer/innen europäische Prozesse mit den Alltagserfahrungen in Arbeits- und Lebenswelt verknüpfen und in welcher Weise sich diese Deutungsmuster im Zuge der Krise geändert haben. Daran anknüpfend wurden Bildungsansätze entwickelt, die diese Deutungsmuster konzeptionell berücksichtigen bzw. sie zum reflexiven Gegenstand eines Bildungsprozesses machen. Damit schafft die Studie eine Grundlage für Träger der außerschulischen politischen Bildung, europapolitische Bildungsangebote in einer Weise zu gestalten, die an den Bildungsinteressen der Lernenden anknüpft und eine kritische und subjektorientierte Auseinandersetzung mit Europa fördert. Durch die Erweiterung der Wissensbasis der Lehrenden in der außerschulischen politischen

Bildung trägt die Studie dazu bei, einen kritischen-konstruktiven Diskurs über Europa anzuregen, ihn zu führen und damit eine weiter reichende Demokratisierung der Europäischen Union zu fördern.

1.1 Entwicklung der Einstellungen zu Europa

Quantitative Ergebnisse repräsentativer Umfragen zeigen deutlich, dass sich die Einstellungen europäischer Bürger/innen zur Europäischen Union mit der Krise und in deren Verlauf stark geändert haben, was mittlerweile auch durch qualitative Studien unterstrichen wird (Knelangen 2012; Göhring 2011; Generaldirektion Kommunikation 2012). Die Zustimmung zur Europäischen Union, die bereits seit den 1990er Jahren kontinuierlich abgenommen hat, ist seit Beginn der Krise deutlich gesunken, und erst 2012 wieder leicht angestiegen (Knelangen 2012). In der europäischen Union ist die Nettozustimmungsrate von 38% im Jahr 2008 zunächst auf 29% im Jahr 2011 gefallen, um bis 2012 wieder auf 34% anzusteigen.¹ In Deutschland liegt sie 2012 interessanterweise mit 62% über dem Wert zu Beginn der Krise von 52% (2008), war aber zunächst auf 38% im Jahr 2011 gesunken (Generaldirektion Kommunikation 2012; Eurobarometer 69 2008; eigene Berechnungen).

Das positive Image der Europäischen Union hat im Verlauf der Krise ebenfalls deutlich nachgelassen und steigt aktuell wieder an. Beurteilten 2009 noch 48% der EU-Bürger/innen das Image der Europäischen Union als positiv, sank dieser Anteil bis 2013 auf 30%, um 2014 wieder auf 39% anzusteigen. Demgegenüber stieg der Anteil der Befragten, aus deren Sicht die Europäische Union ein negatives Image hat zunächst zwischen 2009 und 2013 von 15% auf 29%, um 2014 wieder auf 22% zu sinken (Eurobarometer 79 2013; Eurobarometer 82 2014). Der Entwicklung des Images der Europäischen Union entsprechend hat sich auch das Vertrauen der EU-Bürger/innen in die Europäische Union entwickelt. Zeigten 2009 noch 48% der Befragten Vertrauen in die Europäische Union, sank dieser Wert in der Folge auf 31% im Jahr 2012, um erst im Herbst 2014 auf 37% anzusteigen (Eurobarometer 82 2014). Ebenso konnte die Europäische Union aus der Sicht der deutschen Befragten das Vertrauen, das sie vor der Krise genoss, nicht wieder erlangen. Der Anteil der deutschen Befragten, die Vertrauen in die Europäische Union hatten, lag 2009 bei 44%, sank bis 2012 auf 30% und stieg bis Ende 2014 lediglich auf 37% an (ebd.).

Die Wahrnehmung des eigenen Einflusses auf die Politik der Europäischen Union durch die Bürger/innen ist schwach ausgeprägt und hat im Verlauf der Krise nochmals stark abgenommen, um bis Ende 2014 wieder auf das Ausgangsniveau anzusteigen. 2009 gaben 53% der Befragten in der Europäischen Union an, dass sie den Satz „Meine Stimme zählt in der EU.“ nicht bestätigen können. Dieser Wert stieg bis 2013 auf 67% und sank bis Ende 2014 wieder

¹ Die Nettozustimmungsrate bemisst sich auf der Grundlage der Frage danach, ob die Mitgliedschaft des jeweiligen Landes Vorteile mit sich bringt als Differenz zwischen dem Anteil der Befragten, die die Frage bejahen, und dem Anteil der Befragten, die angeben, dass dies nicht der Fall ist.

auf 53%, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Befragten 2014 auch die Möglichkeit zur Stimmabgabe bei der Wahl zum Europäischen Parlament hatten (Eurobarometer 82 2014). Die deutschen Befragten sehen ihren Einfluss auf die europäische Politik deutlich größer, aber auch hier hat die Einschätzung des eigenen Einflusses im Laufe der Krise stark abgenommen. 2009 erklärten 44% der deutschen Befragten, dass sie nicht der Ansicht seien, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zähle, der Wert stieg auf 59% 2013, um bis Ende 2014 auf 33% zu sinken (Eurobarometer 71 2009; Eurobarometer 79 2013; Eurobarometer 82 2014).

Daneben haben sich auch die Perspektiven und Erwartungshaltungen der Bürger/innen gegenüber der Europäischen Union in grundlegender Weise gewandelt: Zum einen tritt die nationale Verankerung der Identität der Bürger/innen wieder stark in den Vordergrund; zum anderen ist die europäische Öffentlichkeit dementsprechend in stärkerem Maße polarisiert (Generaldirektion Kommunikation 2012: 4f.).

1.2 Europäische Deutungsmuster

Die Umfragewerte zeigen starke Veränderungen im Verlauf der Krise sowie die Tendenz, ab 2014 wieder zu den Ausgangsniveaus zu Beginn der Krise zurückzukehren. Es ist aber davon auszugehen, dass der deutliche Wandel der Einstellungen im Zuge der Krise nicht ohne eine nachhaltige Wirkung auf die den Einstellungen zugrunde liegenden Deutungsmuster der Bürger/innen geblieben ist.

Einstellungen gegenüber Europa basieren auf Deutungsmustern, die Erwartungen an und Erfahrungen mit der europäischen Union mit dem Alltagsleben und Wirtschaftshandeln der Menschen verknüpfen, und auf denen konkrete Einstellungen aufbauen (Seeleib-Kaiser, van Dyk/ Roggenkamp 2009: 104). Als soziale Deutungsmuster werden *„die mehr oder weniger zeitstabilen und in gewisser Weise stereotypen Sichtweisen und Interpretationen von Mitgliedern einer sozialen Gruppe bezeichnet, die diese zu ihren alltäglichen Handlungs- und Interaktionsbereichen lebensgeschichtlich entwickelt haben. Im Einzelnen bilden diese Deutungsmuster ein Orientierungs- und Rechtfertigungspotential von Alltagswissensbeständen in der Form grundlegender, eher latenter Situations-, Beziehungs- und Selbstdefinitionen, in denen das Individuum seine Identität präsentiert und seine Handlungsfähigkeit aufrechterhält.“* (Arnold 1983, zit. n. Ulrich 1999: 429)

Deutungsmuster haben eine grundlegende Orientierungsfunktion für die Individuen, indem sie die Komplexität der Realität reduzieren und dadurch Urteils- und Handlungsfähigkeit fördern. *„Wichtig ist nun, dass soziale Deutungsmuster zugleich kognitive, evaluative und normative Komponenten umfassen. (...) Deutungsmuster sagen dem Akteur nicht nur, was der Fall ist (Situationsdefinition), sondern auch, was richtig und wünschenswert ist (Handlungsorientierungen).“* (Ulrich 1999: 2)

Die Bildung von Deutungsmustern im Hinblick auf die europäische Integration gilt als un-abgeschlossener, pluraler und dynamischer Prozess. Europäische Deutungsmuster können dabei durch drei zentrale Merkmale charakterisiert werden:

Europäische Deutungsmuster bewegen sich im Spannungsfeld zwischen nationaler und sup-ranationaler Identität: Deutungsmuster im Hinblick auf die Europäische Union bauen grundlegend auf nationalstaatlichen Identitätskonstruktionen auf, die eine europäische Identität je nach historischem Hintergrund und strukturellen Rahmenbedingungen in unterschiedlicher Weise integrieren (Beck/ Grande 2004; Schild 2003; Zeuner 2006).

Europäische Deutungsmuster sind dynamisch und plural: Auf der Grundlage ihrer nationalen Verwurzelung ist die europäische Perspektive durch eine dynamische Vielfalt gekennzeichnet. Strukturelle Rahmenbedingungen und kulturelle Hintergründe der verschiedenen Länder werden in sich wandelnde Verhältnisse zum dynamischen Prozess der europäischen Integration gesetzt (Lichtenstein 2012; Dokument über die europäische Identität 1973). „*Europa ist kein fixierter und konservierter Zustand. Europa ist ein anderes Wort für variable Geometrie, variable nationale Interessen, variable Betroffenheit. variable Innen- und Außenverhältnisse, variable Staatlichkeit, variable Identität. (...) Die EU ist ein institutionalisiertes Mehr und Weiter, sie ist auf Bewegung angelegt, auf einen Innen und Außen übergreifenden und verflechtenden Prozess.*“ (Beck/ Grande 2004: 16).

Europäischen Deutungsmustern liegen verschiedene und sich wandelnde relevante Elemente zugrunde: Der oben genannten Vielfalt entsprechend liegen europäischen Deutungsmustern verschiedene relevante Elemente zugrunde, deren Bedeutung sich im Zeitverlauf ändert. Dabei stehen v.a. drei Perspektiven im Vordergrund (Lichtenstein 2012):

- (1) Europa als *Wertegemeinschaft*, die für Frieden, Demokratie und Verteidigung der Menschenrechte steht;
- (2) Europa als *gemeinsamer Markt*, der pragmatische Vorteile durch den barrierefreien Handel erbringt; dabei steht die Wirtschafts- und Währungsunion im Vordergrund;
- (3) Europa als *Kulturgemeinschaft*, die sich auf europaweit verbreitete Güter der Hochkultur und die historisch gewachsenen Verhältnisse zwischen den Ländern stützt.

Für die politische Bildung sind die europäischen Deutungsmuster und ihr Wandel von besonderer Relevanz.

1.3 Europäische Deutungsmuster und politische Bildung

Europäische Deutungsmuster haben im Zuge der Krise einerseits einen Wandel erfahren, wodurch sich die Grundlagen der europapolitischen Bildungsarbeit geändert haben, da diese an den Interessen der Bildungsteilnehmer/innen und ihren jeweiligen Verknüpfungen von europäischen Erfahrungen und Erwartungen an die Europäische Union mit ihren alltäglichen

Erfahrungen ansetzen müssen (Kehrbaum 2012). Andererseits ist die politische Bildung ein zentraler Ansatz für die (Weiter-) Entwicklung eines europäischen Selbstverständnisses.

Mit der Krise ergibt sich sowohl die Chance als auch die Notwendigkeit eines europäischen Selbstverständigungsprozesses (Habermas 2011; Lichtenstein 2012). Die Bildung eines europäischen Selbstverständnisses kann sich nicht auf den Austausch zwischen Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien beschränken (Lichtenstein 2012). Die Bildung von Deutungs- und Einstellungsmustern vollzieht sich vielmehr in kollektiven Bildungsprozessen, die einen Bezug zum Alltagsleben und zum Wirtschaftshandeln der Menschen herstellen (Negt 2012: 7; Kehrbaum 2012). Außerschulische politische Bildung ist daher eine mögliche Grundlage für die Förderung der Entwicklung eines kritischen europäischen Selbstverständnisses, die nicht top-down erfolgt. Dabei besteht jedoch das Problem, dass die europäische Integration bislang auf der Grundlage eines *permissiven Konsenses* (Lindberg/ Scheingold 1970) erfolgte, in dessen Rahmen die Bürger/innen mit stillschweigender Zustimmung und positiver Indifferenz aber ohne direkte Beteiligung die Ergebnisse des durch die nationalen Regierungen ausgehandelten Integrationsprozesses verfolgten. Dieser Konsens zeigte bereits vor der Krise Erosionserscheinungen (Schäfer 2006). Die politische Bildung steht daher vor der Herausforderung, dass es keinen Konsens über die Inhalte und Elemente eines europäischen Selbstverständnisses gibt. Politische Erwachsenenbildung muss daher europäische Inhalte vermitteln und zugleich den Lernenden die Möglichkeit geben, europäische Deutungsmuster durch eine aktive und kritische Auseinandersetzung mit diesen Inhalten mitzugestalten (Zeuner 2006, 2013).

Außerschulische politische Bildung kann damit beides sein: Einerseits eine Grundlage für die Identifizierung europäischer Deutungsmuster, da im Rahmen der politischen Bildung Lernende europäische Inhalte in Bezug zu ihrem Alltagsleben und Wirtschaftshandeln setzen; andererseits ein Mittel zur Förderung eines kritischen europäischen Selbstverständnisses durch die aktive und kritische Auseinandersetzung mit europäischen Inhalten. Im besten Fall sollten diese Bildungsprozesse bewusst zwischenmenschlich angelegt sein, d. h. dass Erkenntnisprozesse durch zwischenmenschlichen Erfahrungs- und Bedeutungsaustausch angeregt werden. Dies stellt eine besondere aber unumgehbare Herausforderung dar, wenn sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bildungsveranstaltungen aus unterschiedlichen Nationen zusammensetzen und vielfältige kulturelle Hintergründe aufweisen. Innerhalb europäischer außerschulischer politischer Bildungsveranstaltungen kommen zudem sprachliche Unterschiede hinzu, die bei aller Schwierigkeit als Schlüssel zur Genese eines europäischen Selbstverständnisses angesehen werden müssen, weil in ihnen die historische, politische und kulturelle Entwicklung aufgehoben ist, die zusammen mit den gegenwärtigen alltäglichen Erfahrungen der Arbeit- und Lebenswelt die Grundlage für Bedeutungs- und Identitätsbildung darstellt (Kehrbaum 2012).

Die theoretische Weiterentwicklung der europapolitischen außerschulischen Bildung kann dabei an bereits vorhandene Diskurse anknüpfen und sie in einen produktiven Zusammenhang bringen. Gemeint sind die Diskurse, die sich einerseits auf die Ökonomie beziehen und andererseits auf die demokratische Entwicklung Europas, und die bisher weitgehend getrennt voneinander geführt werden. Die Debatte über politische Bildung wird im europäischen Kontext – politisch, historisch und kulturell bedingt – sehr unterschiedlich geführt. „Active Citizenship“ ist das Ziel einer national unterschiedlich praktizierten „Civic Education“ (in Deutschland wird „Civic Education“ meist mit „politischer Bildung“ übersetzt). Die bürgerschaftliche Bildung in der europäischen Diskussion bezieht sich also auf den Staatsbürger und nicht auf den europäischen Unionsbürger, obgleich als Bildungsziel oft auch die europäische Identitätsbildung mit angeführt wird. Darüber, was man sich unter einem „aktiven“ Bürger vorstellt, gehen die Meinungen auseinander. Aktive Bürgerschaft zeige sich zum einen im „Entrepreneur Spirit“ – im Unternehmergeist. Dieser wirtschaftliche Fokus darf aber zum anderen die demokratischen Aspekte nicht unterschlagen, die im Rahmen von ökonomischen Prozessen eine Rolle spielen. So lassen sich ökonomische und demokratische Bildung fruchtbar über die Fragen von Beteiligung und Mitbestimmung verbinden und können die Grundlage bilden für die Ausarbeitung einer sozio-ökonomischen Didaktik. Wirtschaftliches Handeln und demokratische Praxis sind dabei als integrative Aspekte kooperativen, menschlichen und nachhaltigen Handelns zu betrachten.

Mögliche bildungstheoretische und bildungspraktische Innovationspotenziale liegen demnach in einer Integration der europäischen Diskurse zur beruflichen Bildung und der Debatte über die praktische Ausgestaltung einer „Active Citizenship“. Dabei sollte es nicht um eine Verkürzung der Diskussion im Sinne einer Politisierung der beruflichen Bildung auf der einen Seite und einer Ökonomisierung der allgemeinen, beruflichen oder politischen und interkulturellen Bildung auf der anderen Seite und der jeweiligen Kritik an diesen Ansätzen gehen, sondern um die Frage, wie die demokratische Ausgestaltung dieser Bildungsbereiche dazu beitragen kann, zum einen den Gesamtzusammenhang von Ökonomie, demokratischem Staat und Europäischer Union zu erkennen und zum anderen zugleich Kompetenzen zu vermitteln, die individuelles und kollektives demokratisches Denken und Handeln ermöglichen.

Der Anspruch einer tief greifenden Demokratisierung des zukünftigen europäischen Integrationsprozesses richtet sich somit an alle Bildungsbereiche, da in und mit ihnen Lernprozesse organisiert werden, die für berufliche und andere Bereiche der Zivilgesellschaft demokratisch denkende und handelnde Personen hervorbringen sollen. In diesen jeweils national organisierten Bildungsbereichen bilden sich sowohl persönliche als auch kollektive Identitäten heraus, die sich in demokratische Prozesse nur insoweit einbringen können, wie sie es in ihren jeweiligen Bildungsprozessen erfahren bzw. erlernt haben.

Der außerschulischen politischen Bildung kommt dabei systembedingt eine außerordentlich hohe Bedeutung zu, da sie explizit die Aufgabe hat, und grundsätzlich in der Lage ist, partizipative Formen der Bildung zu entwickeln, die auf das Leben in demokratischen Gesellschaften theoretisch und praktisch gut vorbereiten.

1.4 Forschungsbedarf und Fragestellungen

Die Studie geht aufgrund der deutlichen Veränderung der Einstellungen gegenüber der Europäischen Union davon aus, dass sich die europäischen Deutungsmuster grundlegend gewandelt haben. Das europäische Selbstverständnis hat sich zwischen den Ländern der Europäischen Union ausdifferenziert bzw. polarisiert und sich auch innerhalb der jeweiligen nationalen Kontexte verändert (Generaldirektion Kommunikation 2012). Ein europäischer Selbstverständigungsprozess muss die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der jeweiligen Deutungsmuster sowie die Dynamiken und Tendenzen des Wandels identifizieren. Dieser Selbstverständigungsprozess kann sich dabei nicht darauf beschränken, auf quantitative Studien zur Zustimmung zur Europäischen Union und zu den identitätsstiftenden Elementen aufzubauen. Die Frage, ob und in welcher Weise europäische Deutungsmuster geeignet sind, ein Zusammengehörigkeitsgefühl und die gegenseitige Verpflichtung zu solidarischem Handeln zu begründen, entscheidet sich vielmehr dadurch, in welcher Weise grundlegende europäische Erfahrungen und Perspektiven mit dem Alltagsleben und Wirtschaftshandeln der Menschen verknüpft und in welcher Weise die regionale, nationale und supranationale Identität integriert werden. Es bedarf also einer qualitativen Untersuchung des Wandels europäischer Deutungsmuster.

Geht man – wie oben beschrieben – davon aus, dass die Bildung von Deutungsmustern sich in kollektiven zwischenmenschlichen Bildungsprozessen vollzieht, bietet sich die außerschulische politische Bildung als Objekt zur qualitativen Identifizierung des Wandels europäischer Deutungsmuster an. Andererseits ist die außerschulische politische Bildung auch ein Mittel zur Förderung der aktiven Auseinandersetzung der Lernenden mit europäischen Perspektiven. Aufgrund ihres traditionell subjektorientierten Ansatzes, der die aktive Mitgestaltung der Lerninhalte und die partizipative Auseinandersetzung mit diesen fördert, eignet sich die arbeitnehmerorientierte Erwachsenenbildung dabei in besonderer Weise (IG Metall Vorstand/ FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Hg.) 2012; Venske 2013). Dies setzt allerdings voraus, die europäischen Bezüge im Alltagsleben der Lernenden zu kennen, um eine aktive Auseinandersetzung damit zu fördern. Neben dem allgemeinen Erkenntnisinteresse im Hinblick auf den Wandel europäischer Deutungsmuster im Zuge der Krise besteht daher auch ein pragmatisches Erkenntnisinteresse an den konkreten Anknüpfungspunkten politischer Erwachsenenbildung zur Förderung einer aktiven Auseinandersetzung der Lernenden mit europäischen Deutungsmustern.

Die Studie verfolgte daher zwei zentrale Ziele: Zum einen die Identifizierung von Typen europäischer Deutungsmuster von Lernenden in der arbeitnehmerorientierten Erwachsenenbildung und ihres Wandels im Zuge der Krise und darauf aufbauend zum anderen die Identifizierung von Anforderungen an Bildungsangebote und die Entwicklung entsprechender Ansätze, die an diese Deutungsmuster und ihnen zugrundeliegende Einstellungen anknüpfen.

Dementsprechend folgte die Studie zwei zentralen Fragestellungen:

1. *Welche Deutungsmuster liegen den Einstellungen von Lernenden der politischen Erwachsenenbildung zu Europa zugrunde und wie haben sich diese im Verlauf der Krise verändert?*

Diese Fragestellung umfasst folgende Teilfragen:

- 1.1 *Welche Einstellungen und Bildungsinteressen zu Europa haben die Teilnehmer/innen und wie haben sich diese im Verlauf der Krise verändert?*
- 1.2 *Wie verknüpfen die Lernenden Erfahrungen mit der Europäischen Union mit ihrem Alltagsleben und Wirtschaftshandeln?*

Die Verknüpfung von Erfahrungen mit und Wissen über die Europäische Union ist konstitutiv für die Bildung von Deutungsmustern und deren Förderung Ziel politischer Bildung (s. o.). Daher ist dies eine wesentliche Frage der Studie. Qualitative Studien weisen darauf hin, dass die Erfahrung Europas im Alltag nur schwach ausgeprägt ist (TerraEuropa 2014: 4; Eurobarometer 2014: 14ff.).

- 1.3 *In welcher Weise orientieren sich die Deutungsmuster der Lernenden an den Elementen Werte, Markt/ Wirtschaft/ Währung sowie Geschichte/ Kultur und inwiefern hat sich im Verlauf der Krise ein Wandel dieser Orientierungen vollzogen?*
- 1.4 *In welcher Weise integrieren die Lernenden ihre regionalen, nationalen und europäischen Identitäten und inwiefern hat sich diese im Verlauf der Krise verändert?*

Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass die nationale Identität in Europa wieder stärker in den Vordergrund getreten ist (Generaldirektion Kommunikation 2012; Eurobarometer 2014). Diese Frage ist zentral für die Bildung europäischer Deutungsmuster.

- 1.5 *Wie nehmen die Lernenden den Stellenwert europäischer Politik im europäischen Mehrebenen-System wahr und welche eigenen Einflussmöglichkeiten sehen sie? Wie hat sich die Wahrnehmung im Verlauf der Krise geändert?*

Aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Fragestellung war die zweite zentrale Fragestellung der Studie darauf ausgerichtet, in welcher Weise politische Bildungsarbeit, die europäischen Deutungsmuster der Lernenden und deren Wandel aufgreifen kann zur Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit der Europäischen Union:

2. Welche Anforderungen ergeben sich aus dem Wandel der europäischen Deutungsmuster für die politische Erwachsenenbildung und welche Ansätze sind dazu geeignet, diesen Herausforderungen zu begegnen?

Diese Fragestellung beinhaltet folgende Teilfragen:

- 2.1 Über welche Vorkenntnisse verfügen Lernende in der politischen Erwachsenenbildung und wie beziehen sie ihre Informationen?*
- 2.2 Welche Seminare bieten Träger der arbeitnehmerorientierten politischen Erwachsenenbildung an und wie hat sich das Angebot seit der Krise entwickelt?*
- 2.3 Welche Ansätze der politischen Erwachsenenbildung sind geeignet, eine kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union auf der Grundlage der europäischen Deutungsmuster zu fördern?*

2. Methode und Vorgehensweise

Bei der Studie handelt es sich um eine explorative Studie zur qualitativen Erhebung des Wandels europäischer Deutungsmuster unter Lernenden der politischen Erwachsenenbildung in Deutschland und zur Entwicklung darauf aufbauender Bildungsansätze.

Die Erhebung beruhte auf Expert/innen-Interviews, Gruppendiskussionen, Workshops zur Entwicklung von Bildungsansätzen und der Recherche sowie Analyse der Bildungsangebote arbeitnehmernaher Bildungsträger. Sie erfolgte in vier Schritten:

1. Durchführung von leitfadengestützten Expert/innen-Interviews mit Seminarleiter/innen

Zur Erhebung der europäischen Deutungsmuster von Lernenden der politischen Erwachsenenbildung und zur Identifizierung ihres Wandels wurden in einem ersten Schritt leitfadengestützte Expert/innen-Interviews mit 14 Seminarleiter/innen europapolitischer Seminare arbeitnehmernaher Bildungsträger durchgeführt und ausgewertet. Die Leitfäden der Interviews richteten sich nach den obengenannten Fragestellungen.

2. Überprüfung, Vertiefung und Ausdifferenzierung der Ergebnisse der Expert/innen-Interviews im Rahmen von Gruppendiskussionen mit Lernenden und ehrenamtlichen Referent/innen

Die vorläufigen Auswertungsergebnisse wurden im Rahmen von zwei Gruppendiskussionen mit Lernenden der politischen Erwachsenenbildung sowie einer Gruppendiskussion mit ehrenamtlichen Referent/innen der IG Metall überprüft, vertieft und ausdifferenziert. Die Gruppendiskussionen mit den Lernenden fanden im Rahmen europapolitischer Seminare gewerkschaftlicher Bildungsträger mit 15 bzw. 20 Teilnehmer/innen statt. Im Rahmen der je dreistündigen Gruppendiskussionen wurden den Teilnehmer/innen die Auswertungsergebnisse der Expert/innen-Interviews präsentiert und auf dieser Grundlage eine moderierte Diskussion der eigenen Perspektiven der Teilnehmer/innen geführt. Die Ergebnisse wurden protokolliert.

Darüber hinaus fand eine ebenfalls dreistündige Gruppendiskussion mit 20 ehrenamtlichen Referent/innen der IG Metall im Rahmen eines Arbeitskreises statt, in deren Rahmen ebenfalls die Auswertungsergebnisse der Expert/inneninterviews vorgestellt wurden und die Referent/innen auf dieser Grundlage über eigene Erfahrungen mit Lernenden in ihren Seminaren diskutierten und darüber hinaus Ansätze entwickelten, wie die Ergebnisse bei der Gestaltung von Bildungsangeboten berücksichtigt werden könnten. Die Ergebnisse der Gruppendiskussion wurden ebenfalls protokolliert.

Die Gruppendiskussionen gewährleisteten, dass einerseits die Perspektiven und Erfahrungen eines breiteren Kreises auch ehrenamtlicher Referent/innen in die Erhebung einfließen konnten und andererseits auch die Perspektiven der Lernenden selber unmittelbar berücksichtigt werden konnten.

3. Ausarbeitung von Bildungsansätzen, die auf den Untersuchungsergebnissen aufbauen

Im Rahmen von zwei Workshops erarbeiteten Seminarleiter/innen und Referent/innen auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse Ansätze zur Weiterentwicklung europapolitischer Bildungsangebote. Ein halbtägiger Workshop wurde mit 20 gewerkschaftlichen Referent/innen im Rahmen eines Forums durchgeführt. Den Referent/innen wurden die Ergebnisse der Erhebung präsentiert und darauf aufbauend wurden Ansätze entwickelt, wie europapolitische Bildung auf den Erhebungsergebnissen aufbauen kann. Ein weiterer ganztägiger Workshop wurde schließlich mit sechs der Interviewpartner/innen durchgeführt, in dessen Rahmen die Konsequenzen aus den Erhebungsergebnissen diskutiert wurden.

4. Recherche und Analyse europapolitischer Bildungsangebote arbeitnehmernahe Bildungsträger

Um die Entwicklung europapolitischer Bildungsangebote vor dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse zu analysieren, wurden die Seminarangebote des DGB-Bildungswerks, der IG Metall, der IG BCE sowie der politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2011 bis 2014 recherchiert und ausgewertet.

3. Ergebnisse der Untersuchung²

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Expert/innen-Interviews sowie der Gruppendiskussionen mit Lernenden und ehrenamtlichen Referent/innen in komprimierter Form präsentiert. Die Auswertungsergebnisse der Expert/innen-Interviews mit den Seminarleiter/innen wurden im Rahmen der Gruppendiskussionen überprüft, ausdifferenziert und vertieft, um die Perspektiven der Lernenden und eines breiteren Kreises ehrenamtlicher Referent/innen zu berücksichtigen. Anschließend wurden die Kernaussagen dieses zweistufigen Erhebungsprozesses verdichtet. Sie werden durch Zitate aus den Expert/innen-Interviews verdeutlicht.

3.1 Europäische Deutungsmuster

3.1.1 Wandel der Einstellungen

Der überwiegende Teil der befragten Expert/innen wie auch die Ergebnisse der Gruppendiskussionen bestätigen einen Wandel der Einstellungen der Lernenden gegenüber Europa im Zuge der Finanzkrise. Lediglich zwei Expert/innen verweisen auf andere Ereignisse, die einen stärkeren Einstellungswandel hervorgerufen hätten: die Einführung des Euro, die EU-Osterweiterung sowie EUGH-Urteile zu Arbeitnehmer/innen-Rechten.

Der konstatierte Wandel geht dabei grundsätzlich hin zu einer konkreteren Kritik an der Europäischen Union und deren Politik und der Bereitschaft, europäische Politik zu hinterfragen und zu analysieren. Insgesamt ist die EU präsenter in der Wahrnehmung der Lernenden.

„Es ist eher konkret geworden in der kritischen Haltung. Wenn ich z. B. die letzten Seminare erinnere, dann war die Haltung kritisch-konstruktiv. Früher war die Haltung kritisch aber allgemeiner.“

Seminarleiter A; Interview vom 08.04.2014

Demgegenüber war die Haltung der Lernenden gegenüber Europa vor und zu Beginn der Krise grundsätzlich eher diffus. Dabei reicht die Einschätzung der befragten Seminarleiter/innen und ehrenamtlichen Referent/innen von diffus-kritisch über naiv-proeuropäisch bis hin zu ignorant.

„Die waren früher eher Europa-Ignorant. Das hat für sie keine Rolle gespielt. Und seit der Finanzkrise erlebe ich die TN als zunehmend kritische, die Ignoranz weicht einer vermeintlichen Informiertheit.“

Seminarleiterin B; Interview vom 15.04.2014

„Was viel, viel dominanter ist, ist vor der Krise eine proeuropäische Einstellung, eine integrationsfreundliche Haltung, fast eine naive Europagläubigkeit. Das heißt: man will

² Die im Folgenden angeführten Zitate sind Zitate aus den Expert/innen-Interviews mit den Seminarleiter/innen, die in anonymisierter Form zitiert werden.

Europäer sein und nicht Deutscher. Man will sich distanzieren von jeglicher nationaler Begrenztheit und sich öffnen, weltoffen sein und das Kosmopolitische sichtbar machen. Das ist eine Haltung gewesen, die bei 80% der Teilnehmenden anzutreffen war.“

Seminarleiter C; Interview vom 11.03.2014

Die meisten der Seminarleiter/innen und Referent/innen sehen hierin eine große Chance und Herausforderung für die politische Bildungsarbeit, das Interesse an Europa und europäischer Politik aufzugreifen und eine kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union zu fördern.

„Ja, es wird jetzt mehr als Bedrohung gesehen. Aber ich sehe das auch als Chance, Europa jetzt besser erklären zu können. So tragisch die Krise ist, aber sie macht die Fragestellung für die Bevölkerung spannender.“

Seminarleiter D; Interview vom 30.03.2014

„Ein blindes Verständnis von Europa führt bei den ersten Entscheidungen, die einem nicht gefallen, zu einem Einbruch. Insofern könnte man sagen, die Krise war sozusagen ein Schuss vor den Bug dieser naiven Europafreundlichkeit. Es ist zu einer kritischeren Haltung gekommen.“

Seminarleiter C; Interview vom 11.03.2014

Im Rahmen der konkreten kritischen Haltung gegenüber Europa wird die Europäische Union nun zunehmend als Bedrohung wahrgenommen, was sowohl darauf zurückgeführt wird, dass die Teilnehmer/innen nicht auf eine krisenhafte Entwicklung der europäischen Integration vorbereitet waren, als auch auf die Medienberichterstattung.

„Wenn so eine gewisse Skepsis schon vorher vorhanden war, dass man sagt: Jetzt geht es völlig den Bach runter. Jetzt werden wir die großen Zahler. Können wir uns das überhaupt leisten?“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

Dabei stehen folgende Aspekte der Bedrohung im Vordergrund:

- Deutschland in der „Zahlerrolle“
- Überregulierung
- Bedrohung sozialpolitischer Sicherungsniveaus
- Machtpotenzial von Banken und multinationalen Konzernen
- Demokratiedefizit
- Erweiterung

3.1.2 Bildungsinteressen und Erwartungen der Lernenden

Auch die inhaltlichen Bildungsinteressen der Teilnehmenden an europapolitischen Bildungsangeboten haben sich deutlich gewandelt. Richteten sich diese vor der Krise eher allgemein auf die Entwicklung und Institutionen der Europäischen Union, stehen aktuell konkrete Interessen vor allem an folgenden Themenfeldern im Vordergrund:

- Finanzthemen sowie makroökonomische Hintergründe und Zusammenhänge
- Interesse an den Krisenländern: zum einen im Hinblick auf die Lebensverhältnisse der Menschen in anderen europäischen Ländern und länderspezifische Fragestellungen; zum anderen im Hinblick auf deren Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Demokratiedefizit in der EU
- Zuwanderung und Erweiterung
- Rechtspopulismus

Die Interessen hängen dabei stark von der aktuellen Nachrichtenlage ab.

Bei den Bildungsinteressen kommen tendenziell *persönliche Perspektiven* zum Tragen. Diese sind zum einen ausgerichtet auf die Kosten und den Nutzen der europäischen Integration – *Was kostet uns die EU? Was ist der persönliche Nutzen?* – und zum anderen auf die Entwicklungsperspektiven im Hinblick auf sozialökonomische Zusammenhänge und den Themenkomplex Erweiterung/ Zuwanderung. Auch das zunehmende Interesse an den Lebensverhältnissen in europäischen Krisenländern baut teilweise auf der Sorge auf, ähnliche Situationen persönlich erleben zu müssen.

Im Hinblick auf die genannten Themen lassen sich zwei *Erwartungshaltungen* der Teilnehmer/innen unterscheiden:

Problemlösungen und Entwicklungsperspektiven:

Die Teilnehmer/innen erwarten die Erklärung der komplexen ökonomischen und politischen Zusammenhänge und Entscheidungen und darauf aufbauend die Vorstellung von Problemlösungen und Entwicklungsperspektiven.

„Da war natürlich der Wunsch, einmal über die Krise zu hören. Wie es weitergehen soll, da gibt es ein ganz lustiges Phänomen: Die Teilnehmer wollen von uns immer wissen, wie’s denn weitergeht. (...) Und wir sollen dann Lösungen nennen: Ihr müsst es doch wissen, Ihr seid doch die Experten. Wie geht das denn jetzt weiter?“

Seminarleiterin F; Interview vom 10.03.2014

„Ansonsten ist aber auch an uns die Erwartung, dass wir Wege aus der Krise zeigen können, dass wir sozusagen das Geheimwissen haben, womit alles besser wird.“

Seminarleiterin B; Interview vom 15.04.2014

Argumentationshilfen:

Die Teilnehmer/innen erwarten Argumentationshilfen im Umgang mit Vorurteilen aus den Medien oder im Kolleg/innen-Kreis – teilweise auch bei der kritischen Auseinandersetzung mit eigenen Vorurteilen.

„Zum Thema Rechtspopulismus glaub' ich, dass die Kollegen sehr anfällig sind. Aber die Kollegen, die zu uns kommen, kommen mit einem Bauchgrummeln, suchen aber bei uns Argumente für die Diskussion mit ihren Kollegen in den Betrieben.“

Seminarleiterin F; Interview vom 10.03.2014

3.1.3 Alltagsbezüge der Europäischen Union

Aus der Sicht der befragten Expert/innen und Referent/innen wird der Einfluss der Europäischen Union auf das Alltagsleben durch die Lernenden durchgängig unterschätzt. Der persönliche Bezug der Lernenden ist überwiegend sehr abstrakt. Auf einer abstrakten Ebene wird die Europäische Union dabei teilweise als Bedrohung gesehen – etwa im Hinblick auf Arbeitsverlagerungen oder Sozialdumping – teilweise aber auch als Chance. Eine unmittelbare Verknüpfung der Europäischen Union mit Alltagserfahrungen wird von den Lernenden aber nur in geringem Maße wahrgenommen. Dabei wird festgestellt, dass je geringer der persönliche Bezug zu Europa ist, desto größer ist die Europa-Skepsis.

„Mein persönlicher Eindruck ist, dass der tatsächliche Einfluss der EU bei dem größten Teil der TN deutlich unterschätzt wird. Zum großen Teil aus Unkenntnis heraus und weil aus Alltagserfahrung wenig Erfahrung mit Vertretern der EU besteht oder sie kaum mit EU-Institutionen zu tun haben – im Vergleich Bürgermeister, Ministerpräsidenten, Verbandsvertretern etc. in Deutschland. Die EU ist in den Köpfen relativ weit weg, unabhängig davon, dass die praktischen Rahmenbedingungen der EU einen hohen Stellenwert haben. Auch mit Blick darauf, was die nationalen Institutionen machen können.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

Insgesamt wird ein Bezug der Europäischen Union zum Alltagsleben in erster Linie über berufliche Zusammenhänge vermittelt, wobei festzustellen ist, dass je größer der berufliche Bezug der jeweiligen Lernenden zu Europa ist, desto größer ist auch das Interesse an Europa. Einen unmittelbaren Bezug europäischer Politik zum Alltagsleben stellen zum einen Berufsgruppen her, die in ihren beruflichen Zusammenhängen mit europäischen Kontexten zu tun haben – etwa Hafenarbeiter oder Beschäftigte, die sich mit europäischen Normen auseinandersetzen müssen. Einen *unmittelbaren* Bezug erfahren auch die Beschäftigten in multinationalen Unternehmen über die europäische Interessenvertretung. Neben beruflichen Zusammenhängen sehen vor allem ältere Lernende einen unmittelbaren Alltagsbezug in der Einführung des Euro, die sie als große Teuerung der Lebenshaltungskosten wahrnehmen.

Im Hinblick auf einen *mittelbaren bzw. abstrakten Alltagsbezug* ist zu unterscheiden zwischen der beruflichen und der Verbraucher/innen-Perspektive. In der beruflichen Perspektive spielen vor allem Themen wie Arbeitnehmerfreizügigkeit, Fachkräftedebatte, Anerkennung von Qualifikationen aber auch Standortkonkurrenz zwischen Betrieben eine Rolle. Im Hinblick auf die Verbraucherperspektive sind die Ergebnisse widersprüchlich: Einige Befragte weisen darauf, dass die Verbraucherperspektive keine Rolle spiele; andere erklärten wiederum, dass die Verbraucherperspektive dominant sei – hier insbesondere die Privatisierung von Verkehr und Versorgung. Genannt werden auch die „klassischen Überregulierungs-Beispiele“ Gurkenkrümmung, Ölkännchen, Glühbirnen etc. Vor allem bei jungen Lernenden sind bestimmte „modernere“ Verbrauchertemen wie etwa Roaming relevant.

3.1.4 Wahrnehmung des Stellenwertes der Europäischen Union im Mehrebenensystem der Politik

Es gibt bei den Lernenden nur geringe Vorkenntnisse über das Zusammenspiel der verschiedenen Handlungsebenen innerhalb der Europäischen Union. Insgesamt ist die Wahrnehmung eines großen Einflusses europäischer Politik seit der Krise gestiegen. Die Einschätzung der Wahrnehmung des Einflusses europäischer Politik durch die Lernenden ist allerdings sowohl unter den befragten Seminarleiter/innen und Referent/innen unterschiedlich als auch unter den Lernenden teilweise widersprüchlich. Dabei lassen sich folgende Wahrnehmungen der Bedeutung europäischer Politik unterscheiden:

Die Europäische Union bestimmt überwiegend die politischen Entscheidungen.

Diese Haltung nimmt einen wachsenden Einfluss europäischer Politik auf das gesellschaftliche Leben wahr, der als Bedrohung empfunden wird.

„Alles Schlechte kommt aus Brüssel – so ungefähr.“

Seminarleiterin G; Interview vom 08.04.2014

Mit dieser Wahrnehmung geht die Sorge einher, dass Europa bestimmend wird für alle Lebensbereiche und der eigene Einfluss auf politische Entscheidungen verloren geht.

„Also, um es auf einen Nenner zu bringen: Wir hängen alle an den Brüsseler Strippen. Die Teilnehmer/innen empfinden sich da sehr stark als Marionetten. (...) Europa managt alles. Wir haben gar keine Chance mehr.“

Seminarleiterin B; Interview vom 15.04.2014

Die Europäische Politik wird durch die nationale Ebene bestimmt.

Demgegenüber steht eine Wahrnehmung, die die Bedeutung europäischer Politik unterschätzt und davon ausgeht, dass Entscheidungen in Brüssel durchgängig von der nationalen Ebene – insbesondere der deutschen – ausgehen. Diese Lernenden gehen auch nicht davon aus, dass künftig mehr Souveränitätsrechte an Europa abgetreten werden, obwohl sie dies teilweise befürworten würden.

„Ich denke, dass der Stellenwert der europäischen Politik relativ gering ist. Sie sehen es einfach nicht, sie wollen es ja auch nicht sehen. Zumal es dann auch die Aussprüche gibt: Brüssel wird von Berlin aus regiert. Dann wird gesagt, Bundespolitik ist viel wichtiger für mich und damit fällt Europa erst mal hinten runter. Und wird in dem Sinne gar nicht beachtet, wie man es beachten sollte.“

Seminarleiter H; Interview vom 29.03.2014

Widersprüchliche Einschätzung der Bedeutung europäischer Politik

Einige Lernende äußern auch widersprüchliche Einschätzungen zum Einfluss der europäischen Ebene, die oft verbunden sind mit Kritik an Regulierungsaktivitäten aus Brüssel. Diese Lernenden beklagen aber zugleich an anderer Stelle, dass Europa zu wenig tue.

„Es gibt häufig Teilnehmer-Rückmeldungen, die bei wenigen Sätzen widersprüchlich sind, was Verbraucherschutz oder ähnliche Fragen angeht. Da sagt ein Teilnehmer in einem Satz ‚Da müsste die EU mal unbedingt etwas machen in dem Bereich.‘ – z. B. da gibt es zu viele Standards. Da müsste die EU mal etwas tun. Und wenige Sätze später hört man: Da macht die EU viel zu viel! Das hängt auch damit zusammen, dass unklar ist, wie der Anteil der EU an solchen Regulierungsentscheidungen ist.“

Seminarleiter J; Interview vom 04.04.2014

„Also, das ist widersprüchlich, was in den Leuten manchmal vor sich geht. Auf der einen Seite der wahnsinnige Regulierungswahn – alle sind betroffen. Und auf der anderen Seite: Ja, die EU ... Die macht dies und jenes. Irgendwo beißt sich das.“

Seminarleiter K; Interview vom 23.04.2014

3.1.5 Wahrnehmung der eigenen Einflussmöglichkeiten in der Europäischen Union

Die europäischen Entscheidungswege werden durch die Lernenden als abstrakt und schwer durchschaubar wahrgenommen. Sie haben aus ihrer Perspektive nichts mit parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen zu tun. Seit Beginn der Finanzkrise haben sich die Teilnehmer/innen noch weiter von diesen Entscheidungsprozessen entfremdet. Sie werden als zunehmend abstrakt und komplex wahrgenommen.

„Es gibt so ein Verständnis: Im nationalen Bereich werden politische Entscheidungen durch Mehrheiten geprägt. In Europa erscheint das abstrakter.“

Seminarleiter J; Interview vom 04.04.2014

In der Wahrnehmung der Lernenden stehen auf europäischer Ebene außerparlamentarische Entscheidungsprozesse im Vordergrund: Einerseits undurchsichtige Verhandlungen zwischen den Regierungen der Nationalstaaten, andererseits sehen sie Entscheidungsprozesse in Brüssel dominiert durch Lobby, Verwaltung und große Konzerne. Das Europäische Parlament ist demgegenüber diskreditiert als Altersruhesitz von Abgeordneten und sein Einfluss wird als

gering eingeschätzt. Auch für die Zukunft erwarten die Lernenden nicht, dass die Nationalregierungen Einfluss an das Europäische Parlament abtreten werden.

Vor diesem Hintergrund besteht bei den Teilnehmer/innen „*ein solides Gefühl der Ohnmacht*“ (Seminarleiter J; Interview vom 04.04.2014). Eigene Einflussmöglichkeiten sehen sie v. a. über die nationale Regierung, wobei deren Verhalten auf europäischer Ebene als schwer durchschaubar bzw. nachvollziehbar gilt. Als weitere Einflusskanäle werden ausschließlich Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen genannt, wobei der Einfluss der Gewerkschaften sehr unterschiedlich eingeschätzt wird. Es besteht die Sorge, dass die EU irgendwann über alle gesellschaftlichen Bereiche bestimmt, ohne dass die Bürger/innen Einfluss nehmen können.

„Man kann ja doch nichts tun. Das bringt doch nichts. Da die EU als ferne, bürokratisierte, großen Lobbygruppen vollständig ausgelieferte Struktur wahrgenommen wird – vereinfacht gesagt – sehen nur ganz wenige Einflussmöglichkeiten.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

3.1.6 Europäische Identität

Die Lernenden in der politischen Erwachsenenbildung identifizieren sich kaum mit der europäischen Ebene. Allenfalls Teilnehmer/innen aus grenznahen Regionen bringen für sich eine europäische Identität zum Ausdruck. Grundsätzlich identifizieren sich die Lernenden am ehesten mit der nationalen oder regionalen Ebene – hier gehen die Einschätzungen der befragten Seminarleiter/innen auseinander. Seit der Finanzkrise beobachten einige Expert/innen zudem einen deutlichen Trend zu einer Renationalisierung der Identität.

„Europa ist eher ein Nebenkriegsschauplatz, den sie gar nicht in dem Maße beachten.“

Seminarleiter H; Interview vom 29.03.2014

„Es gibt diejenigen, die sagen, wir sind sowieso Europäer. Gerade bei uns Deutschen ist mit nationaler Identität nix. Ich merke aber oder bilde mir ein: Je mehr sie Europa als Bedrohung empfinden, beharren sie darauf, dass sie Deutsche sind. Dass wir Deutschen, die wir ja auch die Zahler Europas sind, unsere Interessen auch stärker durchsetzen. Das hat auf jeden Fall zugenommen.“

Seminarleiterin B; Interview vom 15.4.2014

In den Expert/innen-Interviews wurde explizit danach gefragt, ob die Lernenden sich auf europäischer Ebene mit bestimmten Gruppen identifizieren – etwa als europäische Gewerkschafter/innen oder europäische Metallarbeiter/innen. Die befragten Seminarleiter/innen konnten jedoch keinerlei Ansätze für die Bildung europäischer Gruppenidentitäten feststellen.

Die Bedeutung Europas für die eigene Identität nimmt allerdings zu je internationaler die Themen bzw. je globaler die Referenzregionen sind:

„Also als Deutsche. Aber es kommt auf die Fragestellung an. Zum Beispiel: wir als Europäer gegenüber den Chinesen ... Oder – vor allem bei SPD-nahen Teilnehmern – wir müssen endlich ein Europa werden gegenüber Amerika.“

Seminarleiter L; Interview vom 28.05.2014

„Je internationaler die Probleme werden, wenn es um Fragen der Globalisierung geht, Fragen der Sicherheitspolitik, weltpolitische Machtungleichgewichte, da gibt es eher diesen Sprung, dass man sagt: Das können wir einfach nicht mehr national regeln. Da müssen wir als Europäer auch handeln. Auch in meinem aktuellen Seminar hier zu China taucht da die Frage auf, das müssen wir neben der deutschen Chinapolitik auch europäisch regeln, uns europäisch positionieren und eine einheitliche europäische Position finden. Also je globaler das Problem, steigt der Blick zoom-gleich nach oben auf die europäische Ebene.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

3.1.7 Sinnstiftende Elemente der europäischen Integration

Als sinnstiftendes Element europäischer Integration steht vor allem bei Älteren die historische Funktion der Friedenssicherung im Vordergrund. Allerdings deutet sich hier ein Wandel an. Für jüngere Lernende gewinnen demgegenüber wirtschaftliche Aspekte und die Freizügigkeit an Bedeutung.

„Also, ich denke mal, der gemeinsame Markt ist wichtig, der aber einerseits eine Realität und andererseits eine abstrakte Kategorie ist. Aber die Geschichte, Kriege und der Frieden stehen im Vordergrund – gerade auch in Abgrenzung zu den anderen Weltmächten.“

Seminarleiter L; Interview vom 28.05.2014

„Was die positiven Elemente angeht, spielt eine große Rolle die gemeinsame Geschichte. Weil einfach die EU als Friedensidee, die Überwindung der nationalstaatlichen Machtpolitik. Die historische Dimension spielt hier eine ganz große Rolle.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

„Ja! Das (die lange Friedensperiode) ist wirklich einer der Aspekte, den sehr wirklich sehen, wo sie sagen, das ist ja toll. Vor allem die Älteren. Das ist eine Errungenschaft, die möchten wir nicht verlieren. Die Jüngeren nehmen es eher so hin.“

Seminarleiter H; Interview vom 29.03.2014

Vor allem bei jüngeren Teilnehmer/innen tritt aber auch die Perspektive der Steigerung wirtschaftlichen Wohlstands durch den gemeinsamen Markt und die gemeinsame Währung zunehmend in den Vordergrund. Allerdings wird diese Perspektive im Zuge der Krise zuneh-

mend ambivalent betrachtet, da die wirtschaftliche Integration durch die Krise als Bedrohung des Wohlstands wahrgenommen wird.

„(...) wo eher die Geschichte eine Grundlage für die positive Einstellung war, ist der Stellenwert der Geschichte zurückgegangen. Da wird eher die wirtschafts- und finanzpolitische Ebene der EU im Vordergrund gesehen – aber eher negativ, im Kontext der Krise.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

„Bei unseren Teilnehmern ist es so, es gibt eine Wahrnehmung, dass es wirtschaftlich auch was bringt. Es hat auch bis zur Krise immer die Vorstellung gegeben, jetzt kommen die in die EU, dann geht's ihnen besser. (...) Von Europa zu reden, heißt immer noch auf der richtigen Seite zu sein. Also positiv besetzt ist Europa in gewisser Weise immer noch. (...) Aber wesentlich ist, das sich mit der Krise auch was verändert hat. Und dieses Nur-Europa-Freundliche weg ist.“

Seminarleiter C; Interview vom 11.03.2014

Sozialstaatliche Aspekte in Europa werden ebenfalls ambivalent betrachtet. Ein soziales Europa wird zwar als Ziel und Perspektive gesehen, zugleich wird die sozialstaatliche Integration in Europa allerdings als Bedrohung nationaler Sicherungsniveaus wahrgenommen und die Lernenden nehmen eher eine defensive Haltung ein.

„Soziales Europa ist wichtig, auf jeden Fall. Aber eher unter dem defensiven Aspekt, dass man nicht an die sozialen Errungenschaften rangeht, die man auf nationaler Ebene hat. Und weniger mit Blick auf den Aufbau eines gemeinsamen sozialen Europas. Da steht der Besitzstand im Vordergrund.“

Seminarleiter J; Interview vom 04.04.2014

„Was sind die europäischen Werte? Und dann kommen dann eher so Begriffe wie Solidarität, Frieden, Freiheit. Aber dass die EU eher für Freizügigkeit und Handelsbeziehungen da ist als für ein solidarisches Miteinander, das ist schon im Kopf. Also, da ist so ein Gefühl: Europa find' ich gut, so von der Idee her. Aber wie die Praxis aussieht, da läuft vieles schief (...)“

Seminarleiter M; Interview vom 14.04.2014

Von großer und zunehmender Bedeutung insbesondere bei jüngeren Teilnehmer/innen sind daneben die Freizügigkeit und die gemeinsame Währung in pragmatischer Hinsicht.

„Was ich in letzter Zeit viel höre, ist: Wir können frei reisen, wir haben keine Grenzen mehr, sozusagen ein erweiterter gemeinsamer Lebensraum, das wird sehr positiv empfunden. (...) die rein pragmatischen Geschichten sind die, die als erstes wahrgenommen werden, zumindest als erstes formuliert werden.“

Seminarleiter K; Interview vom 23.04.2014

„Das, was sie in den Vordergrund stellen, ist die Freizügigkeit, dass sie ohne Beschränkung reisen können. Dann der Euro, dass kein Geld mehr gewechselt werden muss.“

Seminarleiter M; Interview vom 14.04.2014

3.1.8 Europäische Integrationsperspektiven

Die Haltungen der Lernenden zu den Perspektiven der europäischen Integration können als widersprüchlich beschrieben werden: Einerseits befürworten sie die Integration in einer langfristigen Perspektive, andererseits erleben sie die europäische Integration seit Beginn der Krise überwiegend als Bedrohung und tendieren zu einer Renationalisierung oder zumindest einer Verlangsamung oder vorübergehenden Aussetzung des Integrationsprozesses. Sie sehen Europa als unvollendetes Projekt, scheuen aber die weiteren Schritte.

„Eigentlich ist die Erwartungshaltung, dass Europa noch nicht alles bietet, das Projekt ist noch nicht vollendet. Das kann man ja noch weiter entwickeln. Also, was diese Ausrichtung angeht, hat sich das nicht verändert. Die Krise hat dazu beigetragen zu erkennen, das ist jetzt nicht so einfach. Und einige erkennen auch, wir sind schon ganz weit gekommen. Die Krise hat dazu beigetragen zu erkennen, dass es nicht ganz so schnell geht.“

Seminarleiter D; Interview vom 30.03.2014

Langfristig sehen die Lernenden die europäische Integration als Chance und Hoffnungsträger. Sie sehen einen Gewinn im Hinblick auf Frieden, wirtschaftlichen Erfolg und Freizügigkeit. Vor allem in weltpolitischer Hinsicht halten sie die europäische Integration für eine alternativlose Notwendigkeit, da in globalen Zusammenhängen keine nationalen Lösungen durchführbar seien. Deutschland gewinne daher durch die europäische Integration an Stärke und Einfluss. Eine Rolle spielt dabei auch die Abgrenzung gegenüber den USA.

Insbesondere seit der Krise nehmen die Lernenden die europäische Integration aber zunehmend als Bedrohung wahr, tendieren zu einer Renationalisierung und sehen derzeit keine Perspektiven für eine soziale Gegenbewegung auf europäischer Ebene. Dabei stehen folgende Bedrohungsperspektiven im Vordergrund:

Erweiterung: Die Teilnehmer/innen empfinden die Fortschritte der Osterweiterung als zu schnell und sehen dadurch die Fortschritte der europäischen Integration und deutsche Interessen gefährdet: Sie befürchten, dass die osteuropäischen Gesellschaften noch nicht ausreichend konsolidiert seien und deren Integration die Europäische Union überfordere. Die Vielfalt sozialer Milieus beeinträchtigt die Integrationsperspektiven. Die Lernenden befürchten eine Bedrohung sozialer Sicherungsniveaus. Teilweise fürchten sie die Zuwanderung infolge der Erweiterung. Sie sehen einen Widerspruch zwischen Integrations- und Erweiterungsperspektiven.

Gefährdung sozialer Errungenschaften: Sie sehen soziale Sicherungsniveaus darüber hinaus auch durch die marktradikale Politik bzw. die Privatisierungspolitik der EU gefährdet.

Krisen: Sie fürchten, selber in eine Situation wie die der Krisenländer zu geraten.

„Für sie persönlich ist das immer mit Arbeitsplatzverlust verbunden. Und sie befürchten für ihre Kinder und Enkel ähnliche Verhältnisse wie in Griechenland und in Spanien. Das ist ein ganz großes Thema. Auf einer eher diffusen, nicht persönlichen Ebene ist es der gefühlte Bedeutungsverlust des eigenen Landes und teilweise eine Bedeutungserhöhung, dass Deutschland zunehmend in so eine Zahlerrolle hinein rutscht, also des Ausgebeuteten.“

Seminarleiterin B; Interview vom 15.04.2014

Eine Demokratisierung der EU erscheint den Lernenden als wesentliche Voraussetzung für eine weitere Integration ohne Gefährdung des Sozialstaats. Es wird auch die Haltung angeführt, nicht alle gesellschaftlichen Bereiche zu integrieren.

3.1.9 Kernelemente europäischer Deutungsmuster

In den Einstellungen der Lernenden spiegeln sich verschiedene, zum Teil in sich widersprüchliche Interpretationen europäischer Zusammenhänge in unterschiedlichen Kombinationen. Dabei lassen sich folgende Elemente identifizieren:

Außen- vs. Binnenperspektive bzw. langfristige vs. kurzfristige Perspektive

Insbesondere seit Beginn der Finanzkrise entstand bei den meisten Lernenden eine widersprüchliche Einstellung zu den Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union. Einer positiven Haltung im Hinblick auf die langfristige Entwicklung bzw. hinsichtlich der Bedeutung der Europäischen Union in Weltpolitik und -wirtschaft steht dabei eine große Skepsis den kurzfristigen Entwicklungsperspektiven und dem inneren Zustand Europas gegenüber.

Langfristig sehen die Teilnehmer/innen die europäische Integration als Chance, Hoffnungsträger und unvollendetes Projekt. Sie sehen einen Gewinn im Hinblick auf Frieden, wirtschaftlichen Erfolg und Freizügigkeit. In der weltpolitischen und -wirtschaftlichen Außenperspektive verstehen sie die europäische Integration als alternativlose Notwendigkeit, da in globalen Zusammenhängen keine nationalen Lösungen umsetzbar seien. Deutschland könne nicht alleine erfolgreich sein. Es gewinne durch die europäische Integration an Einfluss und Stärke. Diese Perspektive wird besonders in der Wahrnehmung des Verhältnisses zu den USA und China eingenommen.

Seit Beginn der Krise sehen die Teilnehmer/innen die europäische Integration aber zunehmend als Bedrohung, befürchten, dass die Erweiterung der Europäischen Union deren Integrationsfähigkeit überlaste, tendieren zu einer Renationalisierung und sehen kaum Perspektiven für eine soziale Gegenbewegung auf europäischer Ebene.

„Gegenüber globalen Themen und Problemen ist die positive Einschätzung der EU durchgängig festzustellen. Aber auch hier zunehmend mit der Einschränkung, die Ausdehnung, die Erweiterung der EU muss irgendwann Schluss finden, sonst klappt es auch mit der Integration nicht mehr. Sonst werden die Unterschiedlichkeiten der nationalen Gegebenheiten zu groß. Man kommt dann überhaupt nicht mehr zu Potte mit der eigentlichen Integration.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

Die Lernenden sind offen für umfassende Integrationsperspektiven, aber scheuen die Schritte auf dem Weg dorthin.

„Ich wollte zu der vorigen Frage noch sagen, dass, wenn sie zustimmen würden, dann wären sie für ein System wie die USA, also eine komplette Integration. Das können sie sich wiederum vorstellen. Dass man die Schritte davor braucht, Zollunion, gemeinsame Währung, das sehen sie erst so nicht.“

Seminarleiterin F; Interview vom 10.03.2014

Erweiterung vs. Integration

Eng damit verbunden ist die Wahrnehmung eines widersprüchlichen Verhältnisses zwischen der Erweiterung der Europäischen Union und einer zumindest von vielen Lernenden durchaus erwünschten Vertiefung der europäischen Integration. Die Lernenden nehmen die Geschwindigkeit der EU-Osterweiterung als zu schnell wahr und sehen dadurch die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union und deutsche Interessen gefährdet.

Allgemein befürchten die Lernenden einen Verlust der Steuerungsfähigkeit der europäischen Integration in Anbetracht der Vielfalt und des Entwicklungsstands der osteuropäischen Staaten. Dabei werden sozialstaatliche, gesellschaftliche und kulturelle Integrationserfordernisse dieser Staaten genannt, die die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union beeinträchtigen würden.

Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Bedrohung des sozialstaatlichen Sicherungsniveaus in Europa. Die Lernenden befürchten eine Angleichung des sozialen Sicherungsniveaus nach unten durch die Aufnahme von osteuropäischen Staaten mit einem geringen sozialen Sicherungsniveau.

„Ich spreche von einem Spannungsbogen zwischen Erweiterung und Vertiefung, zu einem sozialen Europa, was Gewerkschaften schon immer wollten, dass in Europa die Steuern angeglichen, die sozialen Verhältnisse angeglichen werden. (...) So wie ich die Stimmung wahrnehme, richtet sie sich gegen Erweiterung – z. B. als Kroatien als letztes Beitrittsland aufgenommen wurde. Weil auch z. B. mit der Euro-Krise in Verbindung gebracht wird: generell eine Überforderung im europäischen Zusammenhang. Und je mehr sich die EU

erweitert, desto schwieriger wird die Steuerung im Einzelnen. Die Perspektive wird beherrscht vom sozialen Europa. Das ist ein wichtiges Thema. Wie konkret kann man eine Vertiefung denn hinkriegen?“

Seminarleiter C; Interview vom 11.03.2014

Die Sorge um die Wahrung des sozialen Sicherungsniveaus konkretisiert sich dabei teilweise in der Furcht vor Zuwanderung.

„Also vor allen Dingen wird kritisch gesehen, dass man zu schnell zu viele Staaten aufgenommen hat, Staaten, die zu viele unterschiedliche Milieus repräsentieren. Das wird immer deutlich, wenn gefragt wird, wer darf hierher kommen und wer darf nicht hierher kommen. Besonders in den letzten Jahren im Zusammenhang mit den Sinti und Roma. Es wird ja immer versucht, das Bild zu erzeugen: Da kommen jetzt massenhaft Leute, die versuchen, in unsere Sozialsysteme einzuwandern.“

Seminarleiter M; Interview vom 14.4.2014

Auch im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Situation sehen die Teilnehmer/innen den eigenen gesellschaftlichen status quo dadurch bedroht, dass die osteuropäischen Gesellschaften noch nicht ausreichend konsolidiert seien.

„Wenn ich das mal zusammen nehme, dann sehen die Teilnehmer, sie haben erstmal einen status quo, während die MOE-Staaten sich erst mal konsolidieren müssen. Dort muss sich erst mal ein Verhältnis von Politik und Wirtschaft herausbilden. Das ist noch gar nicht abgeschlossen. Das war auch die kritische Diskussion bezogen auf Ungarn. Auch bezogen auf den Aufbau von Gewerkschaften in Osteuropa. Die Gewerkschaften sind dort noch eher schwach. Das mündet in eine kritische Haltung: Man hätte die EU zu schnell erweitert.“

Seminarleiter A; Interview vom 08.04.2014

Vor diesem Hintergrund befürchten die Lernenden weitere Krisen in Staaten der Europäischen Union, deren Bewältigung zu Lasten Deutschlands gehen würde.

„Ein Thema, wenn es um EU-Erweiterung geht, jetzt z. B. die Ukraine, da wird gesagt: nicht noch mehr potenzielle Krisenstaaten! Das wird alles zu teuer. Da kommt gleich das nächste Chaos auf uns zu. Da müssen wir wieder bezahlen.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

Diese kritische Haltung gegenüber der Osterweiterung beruht dabei in großem Maße auf Unwissen über die osteuropäischen Ländern und kultureller Fremdheit.

„Lass‘ mich nochmal zwei Gedanken sagen: Der eine ist das Nicht-Wissen zu Osteuropa. Sowohl die deutschen wie die Teilnehmer mit Migrationshintergrund sagen: Das mit der Osterweiterung ab 2004, das ist uns alles fremd. Daher war es jetzt auch für die CSU

möglich, so eine Schmarotzer-Kampagne vom Zaun zu brechen, weil sie alle sagen: Was ich nicht kenne, das macht mir erst mal Angst.“

Seminarleiterin F; Interview vom 10.03.2014

„Stichwort ‚Erweiterung‘: Hier wird das Element gemeinsame Kultur eher unter negativen Aspekten gesehen, dass man sagt: Nein, das wollen wir nicht. Stichwort: EU-Beitritt der Türkei. Das wäre für mich ein total typisches Beispiel, wo Teilnehmer sagen: Die passen gar nicht rein.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

„Überregulierung“ und „Bürokratiemonster“

Die Lernenden sehen sich einer überbordenden Regelungsaktivität der Brüsseler Verwaltung in zunehmend mehr gesellschaftlichen Bereichen ausgesetzt, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfen ist. Dabei werden teilweise von den gleichen Personen widersprüchliche Aussagen gemacht: Mal tut Brüssel zu viel, mal zu wenig.

Bedrohung sozialer Sicherungsniveaus

Die Lernenden sehen durch die europäische Integration ihre sozialen, arbeitsrechtlichen und ökonomischen Sicherungsniveaus bedroht. Die Bedrohung geht dabei aus ihrer Sicht zum einen – wie oben beschrieben – von der Erweiterung der Europäischen Union aus. Zum anderen sehen sie ihr Sicherungsniveau durch die Angleichung der Niveaus zwischen den europäischen Sozialstaaten, die Öffnung der Märkte, Privatisierungen und eine marktliberale Politik in Europa bedroht. Sie befürchten Standortkonkurrenz und Arbeitsverlagerungen, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der arbeitsrechtlichen Absicherung sowie Sozialdumping.

„Zum Beispiel so eine Geschichte, die im Kern eigentlich substanzlos ist, Arbeitsrecht, Mitbestimmung. Die wollen ja alle unser deutsches Modell. Wir müssen zusehen, dass das nicht im Zuge der Harmonisierung alles nach unten angeglichen wird unsere tolle Mitbestimmung. Das ist so ein diffuser Gedanke. Das hört man öfter.“

Seminarleiter K; Interview vom 23.04.2014

„Es wird mit der EU auch verbunden, dass die Konkurrenzbedingungen verschärft werden, dass Druck auf Löhne ausgeübt wird. Das ist bei vielen im Blick.“

Seminarleiter M; Interview vom 14.04.2014

Dominanz von Kapitalinteressen über politische Entscheidungen

Insbesondere vor dem Hintergrund der Strategien zur Bewältigung der Krise betrachten die Lernenden die europäischen Entscheidungsprozesse als durch die Interessen von Banken, Versicherungsunternehmen und großen Konzernen dominiert. Das Europäische Parlament biete keinen Schutz dagegen. Die Durchsetzung der Kapitalinteressen gehe zu Lasten der

Bürger/innen und der sozialen Sicherungsniveaus. Die Krise habe gezeigt, dass Banken und Versicherungsunternehmen auf Kosten der Steuerzahler/innen geschützt werden.

„Haben wir heute Morgen im Seminar erlebt: Die Wut darüber, dass Steuergelder verwendet werden, um Banken, Versicherungen und multinationale Konzerne zu retten, und nicht dort ankommen, wo sie der Bevölkerung nutzen.“

Seminarleiter N; Interview vom 07.03.2014

„Also in den letzten Seminaren war es so, dass man eher die Banken als Bedrohung empfunden hat. Auch, weil die Einschätzung der Teilnehmer ist, dass die Politik nicht mehr in der Lage ist, die Banken zu kontrollieren. Und dass man sich nicht einigt politisch und den Banken wirklich entschlossen gegenüber tritt.“

Seminarleiter A; Interview vom 08.04.2014

Zerstrittenheit beeinträchtigt globale Schutzfunktion der Europäischen Union

Die Lernenden erwarten eigentlich eine globale Schutzfunktion der Europäischen Union gegen Risiken der Globalisierung. Allerdings erleben sie die Entscheidungsprozesse als komplex, abstrakt und insbesondere zerstritten und haben daher das Vertrauen in die Schutzfunktion verloren. Vor allem England wird in dieser Hinsicht als „Bremsen“ betrachtet.

Renationalisierung

Vor dem Hintergrund der oben angeführten wahrgenommenen Bedrohungen zeigen die Lernenden eine deutliche Tendenz zur Renationalisierung. Die nationale Perspektive tritt gegenüber der europäischen Perspektive zunehmend in den Vordergrund. Die Skepsis und Distanz gegenüber der Europäischen Union wächst. Die Lernenden stellen die Leistungen und Kosten Deutschlands im Zusammenhang mit der europäischen Integration in den Vordergrund („Wir sind jetzt die großen Zahler!“), verweisen darauf, dass die Kapazitäten Deutschlands begrenzt sind („Wir können nicht alle Probleme der Welt lösen.“) und grenzen deutsche Interessen von denen anderer europäischer Länder ab.

„Ja, eindeutig. Mit der Tendenz: Ich hab‘ mit Europa nichts mehr im Sinn. Auch bei den gut Informierten hat diese Renationalisierung stattgefunden, was früher mal besser war. Ehrlich. Zur EURO-Einführung, europäischer Binnenmarkt, Freizügigkeit – diese eher positiv bestimmte Diskussion Ende der 90er Jahre haben wir heute nicht mehr. Also da kann ich mit 99%iger Sicherheit sagen: Da hat bei den Arbeitnehmern ein Wandel stattgefunden.“

Seminarleiter N; Interview vom 07.03.2014

„Ich würde sagen, was schon vorher deutlich war, war Europa-Skepsis. Das hat sich immer schon durchgezogen. Aber sich auf Institutionen einzuschließen – das Undurchsichtige, das Udemokratische – Deutschland als Nettozahler und die Feindlichkeit gegenüber anderen europäischen Ländern, besonders gegenüber Griechenland, das hat sich richtig verfestigt.“

Seminarleiterin F; Interview vom 10.03.2014

3.2 Herausforderungen und Ansätze europapolitischer Bildungsarbeit

Aus dem dargestellten Wandel der Einstellungen der Lernenden zu Europa wurden bereits im Rahmen der Expert/innen-Interviews besondere Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit abgeleitet. Die Frage nach den Konsequenzen des Wandels für die Bildungsarbeit war ein Schwerpunkt der Gruppendiskussionen mit den Referent/innen. Darauf aufbauend wurden im Rahmen von zwei Workshops mit Seminarleiter/innen und Referent/innen Bildungsansätze entwickelt, die diesen Herausforderungen entsprechen. Im Folgenden werden zunächst die Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit dargestellt, die im Rahmen der Interviews und der Gruppendiskussionen in den Vordergrund gestellt wurden, und durch Zitate aus den Expert/innen-Interviews illustriert. Anschließend werden die im Rahmen der Workshops entwickelten Bildungsansätze vorgestellt.

3.2.1 Vorkenntnisse der Lernenden

Das Niveau und die Art der Vorkenntnisse von Teilnehmer/innen an Bildungsveranstaltungen sind heterogen, aber überwiegend sind die Vorkenntnisse sehr gering.

„Die meisten, bezogen auf die EU, mit viel zu geringen! Sie haben ein klares Bild, aber relativ geringe Kenntnisse. Aber auch da natürlich mit erfreulichen Ausnahmen.“

Seminarleiter E; Interview vom 26.03.2014

„Oftmals wird nicht mehr gewusst als Worthülsen – die Kommission, das Parlament, was sie aus den Medien wissen. Aber die realen Funktionen, die sie haben, die Kompetenzen, die Veränderungen der Kompetenzen, die kennen sie nicht.“

Seminarleiter L; Interview vom 28.05.2014

Häufig fehlen Grundkenntnisse, die ein Verständnis und eine Einordnung europäischer Zusammenhänge und Entwicklungen überhaupt erst ermöglichen. Dies betrifft zum einen ökonomische Zusammenhänge als auch den institutionellen Aufbau der EU.

„Ich schätze, dass etwa 90% der Teilnehmer (...) nicht informiert sind auf der Basis der wirtschaftspolitischen Zusammenhänge. Das heißt, volkswirtschaftliche Fragestellungen, Staat, Staatsmöglichkeiten, Finanzen, Gläubiger, das geht weiter mit den Konvergenzkriterien der EU, die Stabilitätsmechanismen, die Einführung des Euros sind kaum verstanden worden. Und wenn man das nicht hat, versteht man, was heute passiert, überhaupt nicht.“

Seminarleiter N; Interview vom 07.03.2014

„Mit sehr geringen Vorkenntnissen. Nicht nur, dass zur Situation der Menschen wenig Informationen vorliegen, sondern auch zur Institutionalisierung in Europa, das Parlament usw., wie arbeiten die alle zusammen? Der EuGH usw. Das muss man also auch hier einbringen und ihnen beibringen, wie die Maschinerie hier zusammenläuft.“

Seminarleiter H; Interview vom 29.03.2014

Allerdings sind die Vorkenntnisse unter den Teilnehmer/innen teilweise recht ungleich verteilt. Mehr Vorkenntnisse vorhanden sind v. a. bei

- Lernenden, die bereits an anderen Bildungsangeboten teilgenommen haben,
- Beschäftigten in multinationalen Unternehmen, die einen direkten Bezug zu Europa über die Europäischen Betriebsräte erleben und daher ein größeres Interesse an Europa zeigen,
- gewerkschaftliche Interessenvertreter/innen und Referent/innen.

Unterschiede gibt es auch im Hinblick auf die verschiedenen Gewerkschaften. So zeigt sich etwa bei Gewerkschaften mit einem höheren Angestellten-Anteil ein höheres Niveau an Vorkenntnissen in den Bildungsveranstaltungen. Weiterhin haben ältere Teilnehmer/innen häufig größere Vorkenntnisse als Jüngere.

3.2.2 Zugang zu Informationen

Grundsätzlich erhalten die Teilnehmer/innen die Informationen über Europa und die EU fast ausschließlich aus den Medien, kaum durch den direkten Kontakt z. B. zu Politikern; zum Teil auch durch Gespräche im Freundes- und Kollegenkreis, aber auch hier auf der Basis der Medienberichterstattung, wobei Boulevardmedien eine besondere Rolle spielen.

„In der Regel über die normale Zeitungslektüre. Darüber hinaus Fernsehen. Es gibt immer ein paar Aktivisten, die sich in unterschiedlichen Organisationen auch in Gewerkschaften mit europäischen Themen beschäftigen. Oder vom Beruf her mit europäischen Richtlinien in Kontakt gekommen sind. Die dann schon so viel mehr wissen als die Durchschnittsteilnehmer, dass man sich schon fragt, was ihnen das Seminar nützen kann. Aber sonst bleibt es bei der normalen Zeitungslektüre und Fernsehen. Wenige kennen auch spezielle Europasendungen im Fernsehen.“

Seminarleiter C; Interview vom 11.3.2014

„Ich fürchte, dass ein großer Teil seine Vorkenntnisse aus der Boulevardpresse bezieht. Von Nachrichtensendungen, die nicht unbedingt von öffentlich-rechtlichen Sendern ausgestrahlt werden. Und ich hab' nicht das Gefühl, dass sich das verbessert hat. Also nicht, dass da ein höherer Kenntnisstand mit wirklicher Substanz vorhanden ist.“

Seminarleiter K; Interview vom 23.04.2014

Die Lernenden zeigen dabei ein widersprüchliches Verhalten im Umgang mit den Medien. Einerseits geben sie sich medienkritisch; andererseits sind Medien ihre Wissensgrundlage, mit der sie selbstverständlich agieren.

„Es gibt schon Medienkritik. Sie wissen, wenn sie zu uns kommen mit bestimmten Behauptungen, dass wir das methodisch-didaktisch abwatschen. Von daher äußern sie sich Medien gegenüber kritisch. Gleichzeitig sind aber Behauptungen, Thesen aus diesen

Medien Teil ihres Wissensfundus, mit dem sie dann selbstverständlich agieren. Unsere Aufgabe ist es dann teilweise, das auseinander zu bröseln.“

Seminarleiterin B; Interview vom 15.04.2014

3.2.3 Herausforderungen für die europapolitische Bildungsarbeit

Sowohl im Rahmen der Expert/innen-Interviews als auch im Rahmen der Workshops mit Seminarleiter/innen und ehrenamtlichen Referent/innen wurden systematisch Herausforderungen für die europapolitische Bildungsarbeit herausgearbeitet, die sich aus den veränderten Einstellungen und Interessen der Teilnehmer/innen an der politischen Erwachsenenbildung ergeben:

Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit der Europäischen Union

Grundsätzlich begrüßen die Seminarleiter/innen und Referent/innen den Wandel von einer diffusen Haltung gegenüber der Europäischen Union hin zu einem konkreten kritischen Interesse. Eine grundlegende Herausforderung der europapolitischen Bildungsarbeit sei es, diese Bereitschaft, sich kritisch und analytisch mit der Europäischen Union auseinanderzusetzen, aufzugreifen und zu fördern.

„Aber ich finde es auch eine positive Entwicklung, dass es eine EU-kritischere Stimmung gibt, dass sich die Leute Gedanken machen, dass es auch Vorurteile gibt, die in den Medien eine Rolle spielen. Damit muss man sich auseinandersetzen. Aber zumindest gibt es eine Form der Auseinandersetzung. Das viel schwierigere Problem wäre, wenn es eine Gleichgültigkeit gäbe. Und so hat man eine Chance, an irgendwie gearteten Vorurteilen anzusetzen. Und dann kann man sich das angucken und beziehen auf die jeweilige Lebenslage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.“

Seminarleiter M; Interview vom 14.04.2014

Herstellung von Alltagsbezügen zur Europäischen Union

Eine zentrale und notwendige Grundlage für eine nachhaltige Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit der Europäischen Union sehen die Befragten und Teilnehmer/innen an den Workshops und Gruppendiskussionen darin, Bezüge der Europäischen Union und europäischen Politik zum Alltagsleben und wirtschaftlichen Handeln der Lernenden zu vermitteln. Die Wahrnehmung der Europäischen Union im Alltag der Lernenden bleibt nach wie vor abstrakt bzw. überwiegend von Medien vermittelt. Der Einfluss europäischer Entscheidungen auf das Alltagsleben wird nach Aussage der Expert/innen durchgängig unterschätzt. Daher ist es unerlässlich für eine kritische Analyse europäischer Politik, den unmittelbaren Einfluss der Europäischen Union für das Leben als Verbraucher/in und in beruflichen Zusammenhängen zu vermitteln.

„Ja, ich meine, man könnte vielleicht deutlicher machen, dass Europa jeden betrifft, dass es nicht so weit weg ist. (...) Alltagsbezüge verstärkt einbringen. Oder auch deut-

licher Betroffenheit herstellen zwischen dem Leben in Europa und Europapolitik. Dass es schon jeden etwas angeht, was da gemacht wird. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Bildungsorganisationen – aber auch.“

Seminarleiter D; Interview vom 30.03.2014

Dabei kann die Bildungsarbeit u. a. ansetzen an dem zunehmenden persönlichen Interesse an Europa in der Form von Kosten-Nutzen-Perspektiven und dem gewachsenen Interesse an den Lebensverhältnissen in anderen europäischen Ländern (vgl. Kap. 3.1.2).

„Das heißt die Kollegen sind schon daran interessiert: Wie sieht es denn eigentlich aus? Also nicht so sehr die wirtschaftliche Seite. Die wird ja überall breit getreten. Sondern mir geht es darum zu zeigen: Wie leben die Menschen in Europa? Warum sind die so?“

Seminarleiter H; Interview vom 29.03.2014

Vermittlung der Möglichkeiten zur Einflussnahme

Eng verbunden mit der Herstellung von Alltagsbezügen ist die Vermittlung des Bewusstseins für konkrete Möglichkeiten zur Einflussnahme auf europäische Entscheidungsprozesse. Während die Vermittlung von Alltagsbezügen europäischer Politik eine kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union fördert, indem deren Einfluss auf das Alltagsleben bewusst gemacht wird, stärkt die Vermittlung von eigenen Einflusskanälen das Interesse an den Perspektiven der Mitgestaltung.

„Wie ich schon sagte: Europa bleibt weit weg. Wir erklären die Mechanismen, wie das geht. Dass es genauso läuft wie auf anderen demokratischen Ebenen, in der Kommune im Land oder im Bund. Dann ist da ja eine gewisse Konformität. Aber da gibt es dann so ein Gefühl – unabhängig von Europa – da können wir nie so richtig Einfluss drauf nehmen. Da gibt es ein gewisses Ohnmachtsgefühl.“

Seminarleiter D; Interview vom 30.03.2014

„Das ist ja auch unser Grundanliegen, zu zeigen, welche Schnittstellen und Zugangswege es gibt – auf der europäischen Ebene, aber auch auf der nationalen, regionalen und lokalen, das es auf verschiedenen Ebenen Europa-Beauftragte und Europareferate gibt. Diese Kontaktebenen sind immer noch unterentwickelt. Ich versuche die Teilnehmer zu motivieren, diese Möglichkeiten stärker zu nutzen. Da gibt es keinen Unterschied vor, während, nach der Krise. Wir versuchen den Teilnehmern bewusst zu machen, dass sie zu Europa etwas einbringen können.“

Seminarleiter J; Interview vom 04.04.2014

Mainstreaming der europapolitischen Bildung

Eine zentrale Grundlage für eine stärkere und nachhaltige Verankerung eines europapolitischen Bewusstseins bei den Lernenden sehen die Seminarleiter/innen und Referent/innen darin,

dass europäische Themen nicht nur in den jeweiligen europapolitischen Bildungsangeboten behandelt, sondern systematisch die europäische Perspektive in allen Bildungsangeboten der politischen Erwachsenenbildung berücksichtigt und integriert wird.

„Was mir wichtig ist, dass man in der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung europapolitische Themen nicht auf die Europaseminare abwälzt, sondern in sehr viel mehr anderen Seminaren die europäische Perspektive mit berücksichtigt.“

Seminarleiterin B; Interview vom 15.04.2014

„Ja, und zwar eine Variante, die immer unter den Tisch fällt, ist, dass da, wo Leute leben, Europa eigentlich stattfindet. (...) Wir müssten im gewerkschaftlichen oder parteipolitischen Bereich, wo wir eh seit Jahren angespannt arbeiten, nicht nochmal Europa oben drauf packen, sondern das, was man macht, europäisieren. Das ist eine große Anstrengung. Aber wenn man das mal umgesetzt hat, kommt man damit weiter. Man sieht, dass Europa ein wichtiges Thema ist, aber der Alltag nimmt einen mit so vielen Verpflichtungen gefangen, dass man die europäische Dimension mehr im Sinne von Kür- und Pflichtaufgaben sieht. Das ist aus einer Sicht ein Hinderungsgrund, warum sich ein paar Exoten damit beschäftigen.“

Seminarleiter M; Interview vom 14.04.2014

Erwartungshaltungen der Lernenden

Eine besondere Herausforderung für die Seminarleiter/innen und Referent/innen ist der Umgang mit den Erwartungen von Teilnehmenden, dass die Seminarleiter/innen und Referent/innen Problemlösungen mit Blick auf die komplexen europapolitischen Zusammenhänge präsentieren könnten. Dieser Erwartung können und wollen sie nicht entsprechen.

Die Erwartung einer Vermittlung von Argumentationshilfen gegenüber – teilweise den eigenen – Vorurteilen ist aus der Sicht der Referent/innen und Seminarleiter/innen dagegen ein guter Ansatz zur Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit europäischen Themen.

„Wir arbeiten auch mit solchen Argumentationshilfen, soweit Vorurteile und Irrtümer betroffen. Da sind sie auch sehr dankbar, mal eine andere Sicht der Dinge zu hören. Da sagen sie auch, da würden sie im Betrieb mit ihren Kollegen diskutieren wollen. Ihnen fehlten bisher aber die Argumente.“

Seminarleiterin F; Interview vom 10.03.2014

Weiterbildungsbedarf der Seminarleiter/innen

Insbesondere vor dem Hintergrund des konkreten Interesses der Lernenden und der dynamischen und komplexen Entwicklung im Verlauf der Krise steigen aus der Sicht der Seminarleiter/innen und Referent/innen die Anforderungen an deren Expertise im Kontext der Bildungsveranstaltungen. Sie haben daher einen hohen Weiterbildungsbedarf bzw. müssen sich die Expertise bei Kolleg/innen einholen.

„Ich sehe auf jeden Fall Weiterbildungsbedarfe bei uns allen, weil wir unsere Schwerpunkte in unseren Bereichen haben und die Bereiche, die nicht zu unseren Schwerpunkten gehören, nur sehr oberflächlich abdecken können. Wir setzen uns dann im Team zusammen, um die Bereiche abdecken zu können. Aber es gibt dann ein Gefühl der Sicherheit, wenn z. B. jemand aus dem volkswirtschaftlichen Bereich dabei ist.“

Seminarleiterin B; Interview vom 15.04.2014

Vermittlung eines grundlegenden Kenntnisstandes

Insbesondere die fehlenden Vorkenntnisse über die Institutionen der EU und ihr Zusammenspiel stellen eine besondere Herausforderung für die europapolitische Bildungsarbeit dar, da die Vermittlung der Komplexität und Vielschichtigkeit der EU ein zeitaufwändiger Prozess ist, der überhaupt erst die Grundlagen für die kritische Analyse und Einordnung von politischen Prozessen, die Entwicklung von Problemlösungen und die Selbstverortung schafft. Daher erweist es sich als schwierig, im Rahmen der bestehenden Bildungsformate sowohl das notwendige Wissen als auch die kritische Analyse von Themen zu gewährleisten. Diese Herausforderung ist im Zuge der Krise gewachsen.

„Weil die meisten nicht wissen, wie das Ding funktioniert. Wir reden hier immer von Neulingen, die das erste Mal so ein Seminar besuchen. Weil sie nicht wissen, wie die europäischen Organe zusammenarbeiten, ist es für sie ein diffuses Gebilde.“

Seminarleiter K; Interview vom 23.04.2014

„Wir kommen meist gar nicht so weit, wir kommen bis zur Information, dass sie sich die EU-Institutionen angucken, die Machtverteilung, die Aufgaben. Ich glaube, dass sie darüber schon ein besseres Gefühl bekommen, wie das alles funktioniert. Damit nicht so viel Ohnmachtsgefühl bleibt. Der Punkt, wo können wir mitmachen, wo können wir Einfluss nehmen, müsste eigentlich im nächsten Seminar behandelt werden. Das war vor der Krise anders. Da kamen wir schneller zu dem Punkt: Was steht an? Wie gehen wir es an?“

Seminarleiterin F; Interview vom 10.03.2014

Umgang mit Medien

Eine wichtige Aufgabe der europapolitischen Bildungsarbeit sehen die Referent/innen und Seminarleiter/innen darin, das widersprüchliche Verhältnis der Lernenden zu den Medien aufzuarbeiten, die zwar einerseits kritisch betrachtet werden, zugleich aber die einzige Informationsquelle der Teilnehmenden sind, die diese Informationen unhinterfragt und selbstverständlich nutzen.

„Zu Europa würde ich sagen: eine eher unkritische Medienreflexion. Das wird so übernommen. Bei extremen Positionen gibt es schon eine Distanz, wo man misstraut oder so. Aber man misstraut eher den Politikern als der Zeitung.“

Seminarleiter L; Interview vom 28.5.2014

Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus

Thematisch ist die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus aktuell eine besondere Herausforderung für die europapolitische Bildungsarbeit, einerseits, weil rechtspopulistische Ansichten im Zuge der Krise teilweise von den Lernenden aufgegriffen und geäußert werden, andererseits, weil rechtspopulistische Parteien in Europa wachsende Wahlerfolge und zunehmenden Einfluss haben.

„Was ich noch ergänzen möchte zum Thema Rechtspopulismus: sich damit auseinandersetzen, rechtspopulistische Parteien in Europa, rechtsnationalistische Tendenzen. Das wäre ein großer Bedarf.“

Seminarleiterin F; Interview vom 10.03.2014

„Also beim Thema Rechtspopulismus ist es schon so, dass da die Erfolge rechtspopulistischer Gruppen vermehrt thematisiert werden. (...) Je umfangreicher die Informationen, desto größer ist nicht nur das Entsetzen, die Angst, sondern auch die Einsicht in die Notwendigkeit, dagegen etwas zu machen.“

Seminarleiter O; Interview vom 29.04.2014

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus müsse dabei in offener Form geführt werden können, in der rechtspopulistische Vorurteile genannt werden können. Dabei ist es eine besondere Herausforderung, sich mit rechtspopulistischen Sichtweisen auseinanderzusetzen, ohne diese zu fördern.

Vermittlung von Kenntnissen über Osteuropa

Aus der Sicht der Seminarleiter/innen und Referent/innen sind die kritische Haltung der Lernenden zur EU-Erweiterung und die wahrgenommene Bedrohung der sozialen Sicherung durch die Erweiterung vor allem auf fehlende Kenntnisse über die osteuropäischen Staaten und Gesellschaften zurückzuführen. Daher müsse es ein Ziel der europapolitischen Bildungsarbeit sein, Wissen und Informationen über die osteuropäischen Länder zu vermitteln.

„Wonach Ihr auch fragen solltet, ist nach wie vor die Ostproblematik, also die osteuropäische Ebene. Die widersprüchlichen Entwicklungen aufgreifen und die Vorurteile. (...) Das betrifft im Grunde natürlich auch die Nord-Süd-Problematik. Die Nord-Süd-Problematik ist den Westdeutschen immer noch näher als die Ost-West-Problematik, gerade bei Linken. Sich für Griechenland und Spanien engagieren, da ist man immer noch näher dran als an Rumänien.“

Seminarleiter L; Interview vom 28.05.2014

3.2.4 Ansätze europapolitischer Bildungsarbeit

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Studie sowie der gemeinsam analysierten Herausforderungen für die europapolitische Bildungsarbeit wurden im Rahmen von Workshops und

Diskussionsrunden mit Seminarleiter/innen und ehrenamtlichen Referent/innen systematisch Ideen und Ansätze für Bildungsangebote gesammelt, die den Einstellungswandel der Lernenden aufgreifen. Dabei standen folgende Ansätze im Vordergrund.

Stärkung der individuellen und gruppenbezogenen Interessenperspektive

Ziel dieses Ansatzes ist die Förderung der kritischen Urteilsfähigkeit durch die Herausarbeitung von individuellen und gruppenbezogenen Interessen im europäischen Kontext. Dadurch wird zugleich eine gruppenbezogene europäische Identität auf der Grundlage länderübergreifender Interessenperspektiven gefördert und die Wahrnehmung von Alltagsbezügen europäischer Politik vermittelt durch die Interessen gestärkt.

Die Seminarleiter/innen und Referent/innen halten die Stärkung der Interessenperspektive im europapolitischen Bildungskontext für besonders wichtig, um eine Orientierung in den komplexen europäischen Entscheidungsprozessen zu vermitteln und zugleich auch Alternativen zu der in der Medienberichterstattung dominanten nationalen Interessenperspektive zu vermitteln und so einen Beitrag gegen die Tendenz zur Renationalisierung zu leisten.

Kern dieses Bildungsansatzes ist die Analyse eines bestimmten europäischen Entscheidungsprozesses oder Politikfeldes im Hinblick auf die eigenen und gruppenbezogenen Interessen sowie die Interessen anderer beteiligter Akteure. Dies kann sowohl anhand laufender Entscheidungsprozesse als auch anhand zurückliegender Entwicklungen erfolgen. Wichtig aus der Perspektive der Seminarleiter/innen und Referent/innen ist dabei, dass die Interessen als Arbeitnehmer/in berücksichtigt und in den Vordergrund gestellt werden. Dabei kann zugleich die Funktionsweise der europäischen Entscheidungsprozesse herausgearbeitet und in Bezug zur Durchsetzungsfähigkeit von Interessen gestellt werden. Auch Lobbytätigkeiten sollten kritisch analysiert werden.

Der Bildungsansatz greift die persönliche Perspektive auf, die bei den Bildungsinteressen der Lernenden zunehmend zum Tragen kommt und stellt über die individuellen Interessenperspektiven Alltagsbezüge europäischer Politik her. Er vermittelt mit der Interessenperspektive eine Referenz für die kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union und fördert eine gruppenbezogene europäische Identität.

Vermittlung von Erfahrungen mit bzw. Recherche von unterschiedlichen Arten der Lebensführung in Europa

Dieser Ansatz zielt auf die Vermittlung von Wissen und Verständnis im Hinblick auf die Lebensverhältnisse in anderen europäischen Ländern, um auf diesem Wege den Abbau von Vorurteilen, die Identifizierung gemeinsamer Alltagsbezüge und die Entwicklung einer europäischen Identität zu fördern.

In den Workshops mit den Seminarleiter/innen und Referent/innen wurden verschiedene Modelle zum Kennenlernen der Lebenssituationen in anderen Ländern Europas vorgeschlagen. Besonders wichtig sei dieser Austausch mit Menschen aus den osteuropäischen Ländern.

Ein grundlegender Weg zum Erleben der Lebenssituationen im europäischen Ausland ist es, Lernorte in anderen europäischen Ländern zu wählen und unmittelbare Erfahrungen der dortigen Lebenssituationen zu vermitteln und einen Austausch mit Menschen in den jeweiligen Ländern zu suchen. Ein besonderer Ansatz kann dabei sein, dort lebende Menschen in ihrer alltäglichen Lebensführung zu begleiten – etwa durch die Begleitung bei alltäglichen Einkäufen, um die unmittelbare materielle Situation zu erfassen und mit der eigenen zu vergleichen. Im Kontext der unmittelbaren Erfahrung in anderen europäischen Ländern wurde auch vorgeschlagen, eine Sommerakademie in Kombination mit einer Interrail-Reise durchzuführen, um so mehrere europäische Länder zu besuchen.

Allerdings ist die Durchführung von Bildungsangeboten an ausländischen Lernorten sehr aufwendig und kostenintensiv. Alternativ dazu könne man auch einen Austausch mit Menschen aus anderen Ländern an deutschen Bildungsorten durchführen, indem man Zugewanderte einlädt oder Videokonferenzen mit Menschen im europäischen Ausland organisiert. Entsprechende Bildungsangebote würden dann jeweils die Vorbereitung der Interviews durch Vorrecherche, Sammlung und Strukturierung relevanter Fragen sowie eine Auswertung bzw. Nachbereitung der Interviews umfassen. Als weitere kostengünstige Variante wurde die Durchführung eines grenzübergreifenden Austauschs im Rahmen anderer internationaler Treffen genannt – etwa im Rahmen von Eurobetriebsrats-Sitzungen.

Dieser Bildungsansatz greift das Interesse der Lernenden an den Lebensverhältnissen in anderen europäischen Ländern auf, das im Zuge der Krise stark zugenommen hat. Die unmittelbare Erfahrung kann als Argumentationshilfe gegen Vorurteile dienen, zum Abbau von Bedrohungswahrnehmungen führen und ein Gegenbild zur Medienberichterstattung aufbauen.

Vermittlung von Alltagsbezügen und Einflussmöglichkeiten anhand eines spezifischen europapolitischen Themas oder Themenfelds

Dieser Bildungsansatz ist auf die ganzheitliche Vermittlung von Alltagsbezügen europäischer Politik und von Einflussmöglichkeiten auf europäische Entscheidungsprozesse anhand eines bestimmten europapolitischen Themenfeldes ausgerichtet und beinhaltet zwei Schritte. In einem ersten Schritt wird zunächst eine anstehende europapolitische Entscheidung – top-down – daraufhin analysiert, welche Konsequenzen diese für das Alltagsleben der Lernenden haben würde. In einem zweiten Schritt wird erarbeitet, in welcher Weise die Lernenden – bottom-up – Einfluss auf den jeweiligen Entscheidungsprozess nehmen können.

Der Ansatz greift das konkrete Interesse der Lernenden an der kritischen Auseinandersetzung mit europäischen Entscheidungsprozessen auf, verknüpft die Vermittlung grundlegender Kenntnisse über die Funktionsweise der Europäischen Union mit der kritischen inhaltlichen Analyse und vermittelt Alltagsbezüge und Einflussmöglichkeiten in einem konkreten Zusammenhang.

Diskurs- und Medienkritik

Vor dem Hintergrund des öffentlichen Diskurses im Zuge der Krise ist die Diskurskritik im Allgemeinen und die Medienkritik im Besonderen aus der Perspektive der Seminarleiter/innen und Referent/innen ein wichtiger und notwendiger Bestandteil europapolitischer Bildungsarbeit. Sie sehen das Problem, dass im Rahmen des öffentlichen Diskurses im Verlauf der Krise zentrale Begriffe – wie etwa Solidarität und Gerechtigkeit – entfremdet wurden, was die Urteils- und Analysefähigkeit im Hinblick auf die europäischen Entscheidungsprozesse erschwert und beeinträchtigt hat.

Kern des Ansatzes ist daher die kritische Analyse und Hinterfragung des durch Medien und Politik vermittelten Verständnisses der politischen Entwicklung sowie der dabei verwendeten Begriffe. Bestandteile des Ansatzes sind die Überprüfung von Aussagen auf der Grundlage von Fakten, die Dekonstruktion verwendeter begrifflicher Zusammenhänge, die Hinterfragung der Darstellung politischer Analysen und die Identifizierung von hinter dem öffentlichen Diskurs stehenden Interessen. Ein Beispiel für eine entsprechende Diskurskritik ist das „Falschwörterbuch“ der IG Metall (Dera/Kolbe 2007).

Eine Methode konkreter Medienkritik besteht darin, im Rahmen einer Bildungsveranstaltung durch Teilnehmer/innen eine tägliche Presseschau zu EU-Themen vorstellen zu lassen oder eine Redaktion zu bilden, die eine eigene Zeitung zur Darstellung und Analyse eines europapolitischen Prozesses erstellt.

Herausarbeitung gesellschaftlicher Widersprüche

Für die Seminarleiter/innen und Referent/innen ist die Herausarbeitung von und Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Widersprüchen im europäischen Kontext ein wichtiger Ansatz, um eine ausdifferenzierte kritische Urteilsfähigkeit zu stärken. So sei etwa der positive Ansatz der europäischen Bürgerschaft zugleich verbunden mit der Ausgrenzung von Nicht-Europäern, die willkommene Arbeitnehmerfreizügigkeit mit der Angst vor Lohndruck und Standortkonkurrenz. Eine aktive Auseinandersetzung mit diesen Widersprüchen fördere eine ausdifferenzierte Analysefähigkeit der Lernenden und verhindere vereinfachte Darstellungen europäischer Themen.

Entwicklung von Gegenstrategien auf der Grundlage von Utopien bzw. realen Alternativen der Gemeinwohlökonomie

Vor allem vor dem Hintergrund des in der Krise dominanten Notwendigkeits-Diskurses ist es aus der Sicht der Seminarleiter/innen und Referent/innen wichtig, gemeinsam mit den Lernenden alternative Strategien zu entwickeln, die man dem Paradigma des vermeintlichen notwendigen europapolitischen Handelns entgegensetzen kann, um so die kritische Urteilsfähigkeit durch die Erweiterung des Möglichkeitsspielraums zu fördern. Grundlage für die Entwicklung alternativer europapolitischer Strategien kann sowohl die

Auseinandersetzung mit utopischen Gesellschaftsentwürfen als auch die Recherche und Darstellung realer Alternativen der Gemeinwohlökonomie in Europa sein.

Vermittlung der gewerkschaftlichen Europapolitik

Die Seminarleiter/innen und Referent/innen verweisen darauf, dass im Rahmen der europapolitischen Bildungsarbeit gewerkschaftliche Positionen und Strategien zur Europapolitik in stärkerem Maße vermittelt werden müssten, um eine politische Orientierung und alternative Strategien zu vermitteln und den europäischen Bezug der jeweils eigenen Organisation darzustellen.

Vermittlung unmittelbarer Erfahrungen mit europäischer Politik

Von den Interviewpartnern wird häufig die Bedeutung von Exkursionen auch nach Brüssel oder Straßburg genannt, da der Austausch mit Europaabgeordneten oder Vertreter/innen europäischer Gewerkschaftsverbände in den Zentren europäischer Politik authentischer und nachhaltiger wirkt. Insgesamt gibt es bei den Lernenden einen Bedarf unmittelbarer europäischer Erfahrungen jenseits des Seminarraums.

3.3 Auswertung der Seminarprogramme

Die Seminarleiter/innen haben grundsätzlich eine steigende Nachfrage der Lernenden nach europapolitischen Bildungsangeboten festgestellt. Vor diesem Hintergrund sowie im Hinblick auf die veränderten Bildungsinteressen der Lernenden wurde im Rahmen der Studie die Entwicklung der Bildungsprogramme arbeitnehmernaher Bildungsträger untersucht.

Die Auswertung beschränkte sich dabei auf Seminare, die in den Jahresprogrammen 2011 bis 2014 explizit zu Europa und der Europäischen Union ausgewiesen sind und deren Seminarleiter/-innen im Rahmen dieser Studie interviewt wurden: DGB-Bildungswerk, IG Metall, IG BCE und die Politische Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Die Weiterbildungsangebote (Wochenseminare) waren bzw. sind nach §37,7 BetrVG und/oder nach den Bildungsurlaubsregelungen der Bundesländer oder des öffentlichen Dienstes auf Bildungsurlaub anerkannt.

Nicht erfasst wurden Weiterbildungsveranstaltungen mit bestimmten Zielgruppen (z. B. Jugend, Mitglieder Europäischer Betriebsräte), auf regionaler und lokaler Ebene oder Studienfahrten in europäische Länder (ohne Vor- und Nachbereitung), ein Angebot, das sich auch häufig in Programmen von Volkshochschulen findet.

Insofern liefert diese Darstellung keinen umfassenden oder gar vollständigen Überblick von Weiterbildungsveranstaltungen zu Europa und der Europäischen Union. Die IG Metall und die IG BCE führen z. B. noch eine größere Zahl von Weiterbildungsveranstaltungen für Mitglieder Europäischer Betriebsräte durch.

Während die Weiterbildungsangebote mit Anerkennung auf Bildungsurlaub des DGB-Bildungswerkes und der FES grundsätzlich offen sind, konzentrieren sich IG Metall und IG BCE bei der Werbung und Belegung vor allem auf Mitglieder ihrer Organisation.

Auf Landesbezirks-, Bezirks- und Ortsebene der Gewerkschaften finden sich häufig Weiterbildungsangebote zu europäischen Themen, häufig mit Verweis auf das DGB-Bildungswerk und Arbeit & Leben. Daher ist das Angebot zu Europa größer als hier dargestellt, aber gemessen an den sehr umfangreichen und vielfältigen Weiterbildungsangeboten der Gewerkschaften waren Europa und die Europäische Union in den vergangenen Jahren eher Nischenthemen. Für die Jahre 2014 und in der Planung für 2015 sind allerdings deutlich mehr Veranstaltungen im Angebot, was sicher auch der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 und der zunehmenden Bedeutung des Themas in der Öffentlichkeit und in der Medienberichterstattung geschuldet ist. Von Interviewpartnern wurde vor allem für 2014 eine größere Nachfrage für Teilnehmer festgestellt.

Angebot des DGB-Bildungswerkes: Seit Jahren bietet das Programm vielfältige Exkursionen und Möglichkeiten zum Austausch mit Arbeitnehmern und Gewerkschaftern in anderen EU-Ländern an. Ein jährliches Wochenseminar zu den Grundlagen der Europäischen Union ist mit einer zweitägigen Exkursion nach Brüssel verbunden. Das Wochenseminar „Grenzenlose Solidarität? Barrieren und Wege gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in Europa“ bietet seit mehreren Jahren die Chance zu einem Austausch mit belgischen Gewerkschaftern in Lüttich wie auch die jährlichen Seminare in Görlitz dem Austausch mit Gewerkschaftern aus Polen und Tschechien dienen, 2014 zum Thema „10 Jahre Osterweiterung der EU“.

Auch weitere Angebote sind z. T. mit Exkursionen nach Brüssel verbunden, z. B. 2013 zum Thema „Zerreißprobe für die EU: Wieviel Europa bleibt nach milliardenschweren Kredithilfen und drohenden Staatspleiten?“ oder auch zum Haus der Geschichte nach Bonn wie 2011 zum Thema „Vom ‚Störenfried‘ zum ‚Zahlmeister Europas‘ – Historische Konflikte, politische Wendepunkte und aktuelle Entwicklungen in den deutsch-europäischen Beziehungen“.

Ergänzt werden diese Standardseminare durch Seminare zu aktuellen Themen wie „Crash der Finanzmärkte – Krise des Euro – Grenzen des Wachstums: Schaufelt sich der globale Kapitalismus sein eigenes Grab?“ oder „Wo soll Europa enden? – Deutschland, die Euro-Krise und die Gespenster der Vergangenheit.“ Ergänzend hat das DGB-Bildungswerk in den vergangenen Jahren je eine Studienfahrt angeboten, u. a. nach Polen und Bosnien-Herzegowina.

Angebot der IG Metall: Es werden Grundlagenseminare zu Europa und der Europäischen Union angeboten. Europa war aber auch Thema in Seminaren zur Globalisierung oder zur interkulturellen Kompetenz. Die Grundlagenseminare vermitteln einen Überblick zur Geschichte der Europäischen Union, EU-Institutionen, Auswirkungen der Europäischen Union auf Arbeitnehmerrechte und europäische Arbeitnehmervertretungssysteme im Vergleich. Auch

Exkursionen nach Brüssel oder Manchester wurden im Rahmen der Seminare angeboten – mit Vorbereitungsseminaren. Aufgrund gestiegener Nachfrage wurden die Grundlagenseminare 2014 auf vier verdoppelt und für das Jahr 2015 auf insgesamt sechs Seminare erhöht. Zudem fanden im Rahmen der „Respekt-Kampagne“ der IG Metall 2014 drei weitere Seminare statt: „Kritische Perspektiven auf Europa: Nation – Ausgrenzung – Krise“. Diese Seminare dienten vor dem Hintergrund der Finanzkrise auch der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parolen sowie der Diskussion der Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für Gewerkschaften. Außerdem fand 2014 für Betriebsratsmitglieder das Seminar „Europäisches Arbeitsrecht: Der EuGH“ in Luxemburg statt.

Angebot der IG BCE: In dem Zeitraum wird das jährliche Basisseminar „Das Modell Deutschland im europäischen Vergleich“ angeboten, das in Verbindung steht mit der Kampagne der IG BCE „Modell Deutschland“. Behandelt werden das deutsche Sozialstaatsmodell im Vergleich zu europäischen Nachbarländern sowie der Einfluss der EU-Institutionen.

Ab 2014, und in der Planung für 2015, wird aufgrund der größeren Nachfrage und der größeren Aktualität die Zahl der Europa-Seminare auf fünf erhöht - zu diesen Themen: „Menschen in Europa – Vielfalt erleben, Unterschiede verstehen“, „Wie funktioniert Europa? – Macht und Entscheidungen der Gremien“ und „Demokratie, Finanzmärkte und die Zukunft des sozialen Europas“.

Angebot der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES): Entsprechend einem bundesweit für interessierte Bürger/-innen offenen, eher themen- als funktionsorientierten Weiterbildungsangebot hat die FES seit Jahren ein vergleichsweise großes Seminar- und Veranstaltungsangebot zu Europa und der Europäischen Union in ihren Programmen.

In Wochen-, Wochenendseminaren, in Tages- und Abendveranstaltungen wird eine breite Palette von Themen angeboten: Anforderungen an ein soziales Europa, Industriepolitik, Finanzkrise, Rechtspopulismus, die europäischen Institutionen. Natürlich werden auch Seminare zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, zum Leben und Arbeiten in EU-Ländern angeboten – Griechenland, Portugal, Polen, die skandinavischen Länder.

Europa und die EU sind Themen in Filmseminaren: „Europa im Kino“ oder „Deutschland im Spiegel der Nationen“.

Es gibt Veranstaltungsreihen wie im Rahmen der EuropaAkademie des BayernForums der FES. Europa-Seminare zur europäischen Industriepolitik, der europäischen Verkehrspolitik oder zur Arbeit der europäischen Gewerkschaftsverbände werden mit einer Exkursion nach Brüssel verbunden.

Neben dem Weiterbildungsangebot der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt es weitere, hier nicht dargestellte, Europa-Angebote anderer Arbeitseinheiten der FES

wie der Abteilung Politischer Dialog, mit Schwerpunkt Ostdeutschland, und des FES-Büros in Brüssel, hier häufig in Zusammenarbeit auch mit deutschen Gewerkschaften.

Die Tabelle auf Seite 47 bietet einen Überblick über die Angebote der vier Träger von 2011 bis 2014. Bei den Inhalten wird grob unterschieden nach allgemeinen Themen (u. a. Geschichte, Institutionen der Europäischen Union), prozessorientierten Themen (u. a. EU-Erweiterung, Finanzkrise und Lösungsansätze), politikfeldbezogenen Themen (u. a. Verbraucher-, Umwelt-, Industriepolitik) sowie solchen mit Länder- und Regionenbezug (u. a. Griechenland, Portugal, Mittel- und Osteuropa).

Der Überblick verdeutlicht, dass es im Zuge der Krise zu einem Anstieg der europapolitischen Bildungsangebote gekommen ist. Zudem konzentrieren sich die beiden Industriegewerkschaften auf Grundlagenseminare, während die FES ein ausdifferenziertes europapolitisches Bildungsprogramm anbietet.

Träger	Jahr	Format			Dauer		Zielgruppe		Inhalte			Gesamtzahl
		Seminar	Seminar u. Exkursion	andere	Wochen-seminar	Kurz-seminar/ Wochenend-seminar	offen	Mitglieder	allgemein	prozessorientiert	politikfeldorientiert	
DGB	2011	1	4	-	5	-	3	-	3	2	-	5
	2012	3	3	-	6	-	6	-	3	1	1	6
	2013	3	4	-	7	-	7	-	2	4	1	7
	2014	2	3	-	5	-	5	-	4	-	1	5
IG Metall	2011	-	2	-	2	-	-	2	2	-	-	2
	2012	-	2	-	2	-	-	2	2	-	-	2
	2013	2	-	-	2	-	-	2	2	-	-	2
	2014	7	-	-	7	-	-	7	7	-	-	7
IG BCE	2011	1	-	-	1	-	-	1	1	-	-	1
	2012	1	-	-	1	-	-	1	1	-	-	1
	2013	1	-	-	1	-	-	1	1	-	-	1
	2014	5	-	-	5	-	-	5	3	2	-	5
FES/PA	2011	12	3	6	12	9	21	-	7	4	4	21
	2012	20	1	6	13	14	26	1	7	5	5	27
	2013	17	6	5	14	14	27	1	6	5	3	28
	2014	21	4	12	14	23	36	1	22	6	3	37

4. Fazit und Ausblick

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine explorative Studie ohne Anspruch auf Repräsentativität. Ziel der Studie war es, Hinweise darauf zu finden, ob und inwieweit es im Zuge der Krise bei Lernenden in der politischen Erwachsenenbildung einen Wandel europäischer Deutungsmuster gegeben hat und welche Konsequenzen dies für die europapolitische Bildungsarbeit haben sollte. Auf der Grundlage von Expert/innen-Interviews mit Seminarleiter/innen arbeitnehmernaher Bildungsträger sowie von Gruppendiskussionen mit Seminarleiter/innen, Referent/innen und Lernenden konnten im Rahmen der Studie Anzeichen für einen deutlichen Wandel der grundlegenden Einstellungen zu Europa sowie der Bildungsinteressen gefunden werden.

Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass es zu einem grundlegenden Einstellungswandel von einer eher diffusen – europafreundlichen oder euroskeptischen – Haltung hin zu einer konkreten Kritik an der Europäischen Union und der Bereitschaft, sich kritisch mit europäischer Politik auseinanderzusetzen, gekommen ist. Die europapolitischen Bildungsinteressen der Lernenden sind gestiegen und haben sich ausdifferenziert. Die zunehmende Prominenz des Themas sowie das gestiegene Interesse der Lernenden sollte Anlass dafür sein, dass die arbeitnehmernahen Bildungsträger ihr europapolitisches Bildungsangebot deutlich ausweiten, ausdifferenzieren und europapolitische Aspekte stärker in Bildungsangeboten jenseits der europapolitischen Nische verankern.

Eine Weiterentwicklung der europapolitischen Bildungsarbeit sollte über die Vermittlung von Grundlagenkenntnissen zum Aufbau und der Funktionsweise europäischer Institutionen hinaus insbesondere eine kritische Urteilsfähigkeit im Hinblick auf europäische Politik fördern. Wichtige Ansatzpunkte dafür sind die Herstellung von Alltagsbezügen europäischer Politik im Bewusstsein und der Wahrnehmung der Lernenden sowie die Vermittlung von Möglichkeiten und Wegen zur Einflussnahme auf die europäische Politik. Die identifizierten Kernelemente europäischer Deutungsmuster bieten darüber hinaus Grundlagen, an denen europapolitische Bildungsansätze ansetzen können. Ein wichtiges Ergebnis der Studie ist zudem der große Weiterbildungs- und Unterstützungsbedarf der Erwachsenenbildner/innen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse zu den europapolitischen Einstellungen der Lernenden und ihren Bildungsinteressen entwickelten Seminarleiter/innen und Referent/innen Ansätze zur Weiterentwicklung der europapolitischen Bildungsarbeit. Die Studie bietet somit zum einen Grundlagen und Bausteine für die Weiterentwicklung der Bildungsangebote durch die Bildungsträger, in die empirische und praktische Perspektiven eingeflossen sind. Zugleich können die explorativ und qualitativ erhobenen europäischen Deutungsmuster nach der Krise Ausgangspunkt für empirische Untersuchungen von europapolitischen Einstellungen sein, die über die Erhebung quantitativer Zustimmungswerte hinausgehen und an der Bildung von

grundlegenden Interpretationen der europäischen Entwicklung und von Orientierungen in kollektiven Lernprozessen ansetzt.

Deutlich wurde ein dringender Bedarf – und angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in Europa vor allem auch die Notwendigkeit – einer inhaltlichen und methodischen Weiterentwicklung der außerschulischen politischen Bildung. Entsprechend der in dieser explorativen Studie sichtbar gewordenen Zusammenhänge der Diskurse von Arbeit, sozialer Sicherheit, nationaler bzw. europäischer Identität und Kultur bedarf es neuer Impulse für die theoretische und praktische Weiterentwicklung von Bildungsansätzen, die in der Lage sind, diese Aspekte didaktisch zu integrieren.

Die Ergebnisse der Studie haben u. a. gezeigt, dass Alltagsbezüge zur Europäischen Union in erster Linie über berufliche Zusammenhänge vermittelt werden, wohingegen die Verbraucherperspektive eine untergeordnete Rolle spielt. Einen unmittelbaren Bezug europäischer Politik zum Alltagsleben stellen in erster Linie Lernende her, die in ihren beruflichen Zusammenhängen mit europäischen Kontexten zu tun haben, wobei die Erfahrung einer europäischen Interessenvertretung eine besondere Rolle spielt. Zugleich aber wird die Bedeutung der Europäischen Union für das Alltagsleben durch die Lernenden nach Einschätzung der Seminarleiter/innen und Referent/innen deutlich unterschätzt und es entwickeln sich auch keine berufsgruppenbezogenen europäischen Identitäten. Es zeigt sich also, dass die Integration wirtschaftlicher und demokratischer Aspekte in der Bildung einerseits ein wichtiger Ansatz und andererseits ein großer Bedarf für die Weiterentwicklung der europapolitischen Bildung ist.

In Anbetracht des Ziels einer stärkeren Demokratisierung der Europäischen Union ist es wünschenswert, die Theoriebildung solcher Bildungsansätze aufzugreifen, die den inneren Zusammenhang von Demokratie und wirtschaftlichem Handeln in beteiligungsorientierter Form explizit berücksichtigen. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie können dazu einen Beitrag leisten.

Literatur

- Arnold, Rolf 1983:** Deutungsmuster. Zu den Bedeutungselementen sowie den theoretischen und methodologischen Bezügen eines Begriffs. In: Zeitschrift für Pädagogik 29: 893–912.
- Beck, Ulrich/ Grande, Edgar 2004:** Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der zweiten Moderne. Frankfurt a. M.
- Dera, Klaus/ Kolbe, Harald (2007):** Das Falschwörterbuch. Begriffe richtig begreifen. 3. Aufl. Dresden. http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0CCMQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.reutlingen.igm.de%2Fdownloads%2Fartikel%2Fattachments%2FARTID_14234_20071025144555.pdf%3Fname%3Dfalschwoerterbuch.pdf&ei=CuPpVKurAoWrUcPNgeAM&usg=AFQjCNHuE_g5TfAyDzYqmqKSHcgab6EINg&bvm=bv.86475890,d.d24 (22.02.2015)
- Dokument über die europäische Identität, 1973.** http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Organe/ER/Pdf/Dokument_Identitaet.pdf (16.08.2013).
- Eurobarometer 69 2008: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union.** http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb_69_first_de.pdf (14.08.2013).
- Eurobarometer 71 2009: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Annex: Tables of results.** http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb71/eb713_annexes.pdf (10.02.2015).
- Eurobarometer 79 2013: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Annex: Tables of results.** http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_anx_en.pdf (10.02.2015).
- Eurobarometer 82 2014: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union.** http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_first_de.pdf (10.02.2015).
- Eurobarometer 2014: Das Versprechen der EU. Qualitative Eurobarometer-Studie. Ausführlicher Bericht.** http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/quali/ql_6437_de.pdf (11.02.2015).
- Generaldirektion Kommunikation 2012: Die Europäer zwei Jahre vor den Europawahlen 2014.** Brüssel.
- Göhring, Rebekka 2011:** Analyse europapolitischer Einstellungen. Auswertung von Meinungsumfragen zu europapolitischen Einstellungen der deutschen Bevölkerung sowie von Sympathisant_innen von Bündnis 90/Die Grünen. Kurzstudie der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin. http://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/TXT_201112_HBS_Kurzstudie_zu_Europaeinstellungen_RG.pdf (10.02.2015).
- Habermas, Jürgen 2011:** Die Verfassung Europas: ein Essay. Frankfurt a.M.

- IG Metall Vorstand/ FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Hg.) 2012: Absichtserklärung für eine transnationale gewerkschaftliche Bildung in Europa.** In: IG Metall Vorstand/ FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Hg.): Gewerkschaftliche Bildung für ein solidarisches Europa! Ziele, Konzepte und Methoden transnationaler politischer Bildung. Frankfurt a. M.: 10–12.
- Kehrbaum, Tom 2012: Europa aus der Krise bilden! Grundlagen und Perspektiven notwendiger Weiterentwicklung „europäischen Lernens“.** In: IG Metall Vorstand, FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Hg.): Gewerkschaftliche Bildung für ein solidarisches Europa. Ziele, Konzepte und Methoden transnationaler politischer Bildung. Frankfurt a. M.: 28–42.
- Knellingen, Wilhelm 2012: Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger.** In: APuZ H. 4: 32–40.
- Lichtenstein, Dennis 2012: Auf der Suche nach Europa: Identitätskonstruktionen und das integrative Potenzial von Identitätskrisen.** In: APuZ, H. 4: 3–7.
- Lindberg, Leon N./ Scheingold, Stuart A. 1970: Europe's Would-Be Polity. Patterns of Change in the European Community,** Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.
- Mak, Geert 2012: Was, wenn Europa scheitert.** München.
- Negt, Oskar 2012: Gesellschaftsentwurf Europa. Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen.** Göttingen.
- Schäfer, Armin 2006: Nach dem permissiven Konsens: Das Demokratiedefizit der Europäische Union.** In: Leviathan 34 (3): 350–376.
- Schild, Joachim 2003: Europäisierung nationaler Identitäten in Deutschland und Frankreich. Politische Parteien, Eliten, Bürger.** In APuZ, H. 3–4: 31–39.
- Seeleib-Kaiser, Martin/van Dyk, Silke/Roggenkamp, Martin 2009: Party Politics and Social Welfare. Comparing Christian and Social Democracy in Austria, Germany and the Netherlands.** Cheltenham.
- Streck, Wolfgang 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus.** 3. Aufl. Berlin.
- TerraEuropa 2014: Repräsentative Befragung junger Erwachsener zu Einstellungen gegenüber der EU und zur Bewertung von europäischen Projekten. Ergebnisse.** http://www.terra-europa.eu/fileadmin/2014-03-17_TEU_Ipsos_Pressemappe_Final.pdf (11.02.2015).
- Ulrich, Carsten G. 1999: Deutungsmusteranalyse und diskursives Interview. Leitfadiskonstruktion, Interviewführung und Typenbildung.** Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Arbeitspapier Nr. 3.

Venske, Oliver 2013: Die Profession der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung bei den Gewerkschaften lebt von einem Graswurzelsatz. In: Hufer, Klaus-Peter/ Richter Dagmar (Hg.): Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen. Perspektiven politischer Bildung. Bonn: 147–154.

Zeuner, Christine 2006: ‚Citizenship Education‘ – Brücke zu einer europäischen Identität? In: Tertium comparationis 12/1: 73–96.

Zeuner, Christine 2013: Staatsbürgerschaft und politische Bildung. Diskussionspapier für einen Workshop im Rahmen des „Quali2move“-Projektes, 17. Mi 2012 in Istanbul. In: IG Metall Vorstand, FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Hg.): Gewerkschaftliche Bildung für ein solidarisches Europa. Ziele, Konzepte und Methoden transnationaler politischer Bildung. Frankfurt a.M.: 43–54.

Hans **Böckler**
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.